

21. Sitzung

Dienstag, 17. Dezember 2024, 08:30
Solothurn, Kantonsratssaal

Vorsitz: Marco Lupi, FDP, Präsident

Redaktion: Beatrice Steinbrunner, Parlamentsdienste

Anwesend sind 94 Mitglieder. Abwesend mit Entschuldigung: Samuel Beer, Daniel Cartier, Thomas Giger, Christian Herzog, Stefan Nünlist, Pascal Walter

DG 0232/2024

Begrüssung und Mitteilungen des Kantonsratspräsidenten

Marco Lupi (FDP), Präsident. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Regierung, liebe Gäste, ich begrüsse Sie recht herzlich zur heutigen Zusatzsitzung. Meine Tochter hat diese Nacht zum ersten Mal eine Freinacht beantragt. Deshalb wäre ich um möglichst wachhaltende Voten froh. Wir fahren in der Budgetdebatte fort. Ich weise nochmals darauf hin, dass wir heute damit fertig werden müssen, damit wir morgen die Schlussabstimmung durchführen können. Zum jetzigen Zeitpunkt sind wir hier vorne positiv eingestellt, dass wir das schaffen, bevor es dunkel wird.

SGB 0201/2024

Voranschlag 2025

(Weiterberatung, siehe «Verhandlungen» 2024, S. 1165)

Marco Lupi (FDP), Präsident. Zum ersten Traktandum begrüsse ich den Präsidenten des Obergerichts Thomas Flückiger und Raphael Cupa, den Gerichtsverwalter. Da die beiden Herren jetzt anwesend sind, werden wir statt zum Kapitel 5 zum Kapitel 9 kommen, zum Globalbudget der Gerichte. Dieses finden Sie auf Seite 363 des Voranschlags. Ich stelle fest, dass es keine Wortmeldungen dazu gibt. Damit kann ich Thomas Flückiger und Raphael Cupa auch schon wieder verabschieden. Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit und wünsche Ihnen einen guten Schlusspurt in diesem Jahr. Ich möchte anmerken, dass es nicht grundsätzlich negativ ist, wenn etwas kurz und schnell geht. Wir kommen zurück auf das Kapitel 5 und fahren mit dem Departement für Bildung und Kultur (DBK) weiter. In diesem Bereich gibt es sechs Globalbudgets, wovon drei neu sind.

SGB 0193/2024

Globalbudget «Volksschule» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1551), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Volksschule» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Steuerung Volksschule
 - 1.1.1 Effiziente und effektive Zusprennung von Beiträgen innerhalb der gesetzlichen Vorgaben (§§ 91 ff. VSG)
 - 1.1.2 Pensenzuteilung für die Abteilungen der verschiedenen Schularten und Schulangebote nach kantonal einheitlichen Kriterien (§ 55 VSG i.V.m. § 39 VSV)
 - 1.1.3 Jedes Kind erhält eine seinen Möglichkeiten entsprechende, bedarfsgerechte Schulbildung (§ 56 VSG)
 - 1.1.4 Überprüfung der Einhaltung der kantonalen Vorgaben (Stichproben) (§ 80 VSG)
 - 1.1.5 Sekundarschule bezweckt eine bedarfsgerechte Vorbereitung auf das Berufsleben und die weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II (§ 25 VSG)
 - 1.1.6 Hohe Zuverlässigkeit bei Entscheiden des Volksschulamtes (Verfügungen und Beschwerdeverfahren)
 - 1.2 Produktgruppe 2: Qualitätssicherung
 - 1.2.1 Vermeidung und Verminderung von Krisen // psychologischer Beitrag zu Problemlösungen // Ressourcenerschliessung bei Kind und System
 - 1.2.2 Sicherung und Förderung potenzialgerechter Schullaufbahnen und Systemunterstützung der Schulen
 - 1.2.3 1:1 Computing an der Volksschule einführen (SGB 0188/2017, Legislaturplan 2021–2025 B.3.6.1)
 - 1.2.4 Sicherung der Funktionsfähigkeit und Entwicklung der Schulen (Ergebnisse der externen Schulevaluation)
 - 1.2.5 Leistungsfähigkeit der Solothurnischen Schülerinnen und Schüler im interkantonalen Rahmen feststellen
 - 1.3 Produktgruppe 3: Personalentwicklung an Schulen
 - 1.3.1 Spezifische Weiterbildung für Lehrpersonen und Schulleitungen gemäss Leistungsauftrag mit dem Institut Weiterbildung und Beratung (IWB) der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
 - 1.3.2 Qualifizierende Weiterbildung für Lehrpersonen und Schulleitungen an der Hochschule für Heilpädagogik (HfH)
 - 1.4 Produktgruppe 4: Kantonale Spezialangebote: Durchführung durch das Heilpädagogische Schulzentrum (HPSZ)
 - 1.4.1 Bedarfsgerechte Angebots- und Standortverteilung
 - 1.4.2 Wirksamkeit der temporären kantonalen Spezialangebote
 - 1.5 Produktgruppe 5: Kantonale Spezialangebote: Durchführung mittels Leistungsauftrag
 - 1.5.1 Bedarfsgerechte Angebots- und Standortverteilung
 - 1.5.2 Wirksamkeit der temporären kantonalen Spezialangebote
2. Für das Globalbudget «Volksschule» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 383'610'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Volksschule» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- b) Antrag der Bildungs- und Kulturkommission vom 6. November 2024 auf Ablehnung des Beschlussesentwurfs des Regierungsrats.
- c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 20. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats:
Ziffer 2. soll neu lauten:
Für das Globalbudget «Volksschule» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 368'610'000 Franken beschlossen.
- d) Ablehnende Stellungnahme des Regierungsrats vom 26. November 2024 zum Antrag der Finanzkommission.
- e) Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion vom 6. Dezember 2024:
Ziffer 2. soll lauten:
Für das Globalbudget «Volksschule» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 374'000'000 Franken beschlossen.

Eintretensfrage

Tamara Mühlemann Vescovi (Die Mitte), Sprecherin der Bildungs- und Kulturkommission. Das neue Globalbudget Volksschule hat die gleiche Budgetstruktur wie in der vergangenen Periode. Allerdings liegt der beantragte Verpflichtungskredit um 90,8 Millionen Franken über den Rechnungs- und Budgetwerten der laufenden Globalbudgetperiode. Die Mehrkosten finden sich vorwiegend in den Produktgruppen 4 und 5, also bei den kantonalen Spezialangeboten. Der kontinuierliche und signifikante Anstieg der Kosten wird einerseits mit der allgemeinen Zunahme von Schülerinnen und Schülern begründet. Höhere Schülerzahlen haben logischerweise automatisch zur Folge, dass zusätzliche Klassen, zusätzliches Personal, zusätzliche Transporte und nicht zuletzt auch zusätzliche Räume benötigt werden. Es wurde aber auch festgestellt, dass die unzureichende Wirksamkeit der befristeten Angebote dazu beiträgt, dass die Kosten weiter steigen. Damit man die Kosten wieder einigermaßen in den Griff bekommt, wird es das Ziel sein, in der kommenden Legislatur 2025 bis 2029 Massnahmen einzuleiten und die Angebotsplanung neu auszurichten. Dieser Prozess benötigt aber Zeit und kann nicht von heute auf morgen umgesetzt oder erzwungen werden. Mehrkosten entstehen aber auch in anderen Bereichen, beispielsweise durch die Umsetzung des Legislatorschwerpunktes Umsetzung Impulsprogramm, durch die Umsetzung von Edulog, durch die Förderung der Französischkompetenzen, durch die Stärkung des Sprachaustausches, durch höhere Personalkosten und durch Stufenanstiege. Im Sachaufwand fällt vor allem die Reduktion der Gemeindebeiträge in der Höhe von 28 Millionen Franken ins Gewicht. In der Kommission wurden insbesondere auch die Mehrkosten von 0,4 Millionen Franken für den Bildungsraum Nordwestschweiz wegen mehr geplanten Aktivitäten thematisiert. Das Budget für den Bildungsraum wird von den vier Bildungsdirektoren gemacht und entsprechend auf die vier Kantone verteilt. Ende 2025 ist ein Bildungstag geplant, an den der Kanton Solothurn einen Anteil, basierend auf dem Kostenverteiler, leisten muss. Der Bildungstag ist eine grössere Veranstaltung und breit ausgelegt. Das heisst, dass auch die Wirtschaft und die Politik der vier Kantone eingeladen werden. Solche Aktivitäten haben in den vergangenen Jahren nicht mehr stattgefunden und sollen jetzt wieder reaktiviert werden. Die Tagung ist aber nur eine von vielen Aktivitäten und Aufgaben des Bildungsraums Nordwestschweiz. Es geht auch um Checks, um die Schulentwicklung, um die informatische Bildung sowie um Massnahmen zur Bekämpfung des Mangels an Lehrpersonen und auch um den Berufsschulbereich. Das Budget für all diese Aufgaben ist im Volksschulamt (VSA) eingestellt. In der Kommission wurde beantragt, den Verpflichtungskredit auf 374 Millionen Franken zu reduzieren. Ein gleichlautender Antrag liegt dem Kantonsrat auch jetzt wieder vor. Der Antrag wurde damit begründet, dass ein so grosses Budget Schwanungspotential hat und dass eine Abweichung von ca. 2,5 % im Fehlerbereich einer Budgetierung liegen würde. Dabei wurde nochmals betont, dass es nicht ganz korrekt ist, von einer reinen Budgeterhöhung von 90 Millionen Franken auszugehen. Fairerweise sollte man von dieser Summe den Betrag abziehen, der die Entlastung der Gemeinden betrifft. Von Seiten des Amtes wurde klar darauf hingewiesen, dass eine Reduktion nicht die Finanzgrössen betrifft, über die die Regelschulen und die Musikschulen laufen. Die Einsparungen betreffen demnach hauptsächlich die Produktgruppen 4 und 5, also die kantonalen Spezialangebote. In der Diskussion zu diesem Antrag wurde darauf hingewiesen, dass - wie eingangs erwähnt - beschlossen wurde, die Problematik im Sonderschulbereich in der nächsten Legislatur gemeinsam angehen zu wollen und dass eine Reduktion des Verpflichtungskredits diese Bemühungen gefährden würde. Zudem hat man zu bedenken gegeben, dass die Sparmassnahmen nicht in diesem Budget

abgebildet sind, was zusätzlichen Einfluss haben wird. Von einem anderen Teil der Kommission wurde der Antrag als äusserst moderat eingeschätzt. Man hat argumentiert, dass man jetzt nicht noch länger zuwarten könne, ob allfällige Massnahmen in Zukunft den gewünschten Erfolg bringen werden oder nicht. Es müsse jetzt im Rahmen der Budgetdebatte gehandelt werden. Selbst wenn der Massnahmenplan zusätzlich zu einem reduzierten Verpflichtungskredit hinzukommt, sei das für die Kantonsfinanzen nicht schlecht, auch wenn das vermutlich auf Kosten der Bildungsqualität geht. In der Abstimmung hat die Kommission den Antrag auf 374 Millionen Franken mit 6:5 Stimmen bei einer Enthaltung unterstützt. In der Schlussabstimmung hat aber eine Mehrheit der Kommission mit 7:4 Stimmen bei einer Enthaltung das Globalbudget mit dem reduzierten Verpflichtungskredit abgelehnt.

André Wyss (EVP), Sprecher der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat das vorliegende Globalbudget am 20. November 2024 besprochen. Wie der Präsident der Finanzkommission in seinem Eintretensvotum letzte Woche bereits erwähnt hat, war man sich in der Finanzkommission grossmehrheitlich einig, dass man trotz den teilweisen unterschiedlichen Haltungen mit einem Budgetantrag in den Kantonsrat kommen will. Eine Ablehnung des Budgets, so wie das die Bildungs- und Kulturkommission beschlossen hat, wollten wir in der Finanzkommission unbedingt verhindern. Die Ausgangslage hat die Sprecherin der Bildungs- und Kulturkommission bereits ausführlich dargelegt. Aus finanzieller Sicht gilt es nochmals zu erwähnen, dass der Regierungsrat einen Verpflichtungskredit beantragt, der gemäss den Details in der Vorlage auf den Seiten 18 und 19 um 90,8 Millionen Franken über dem bisherigen, bereinigten Verpflichtungskredit liegt. In der Finanzkommission hat uns das Departement mitgeteilt, dass man für die laufende Globalbudgetperiode von einem weiteren Zusatzkredit in der Höhe von 11,8 Millionen Franken ausgeht. Aufgrund dieses noch zu erwartenden Zusatzkredits steigt der bereinigte Kredit für die Periode 2022 bis 2024 somit auf 304,6 Millionen Franken. In der Folge beträgt die Erhöhung des neuen beantragten Globalbudgets «nur» 79 Millionen Franken. Wir haben es gehört: 48,9 Millionen Franken sind durch die schrittweise Übernahme der Gemeindebeiträge bei den kantonalen Spezialangeboten begründet. Unter Berücksichtigung dieser 48,9 Millionen Franken verbleibt somit noch eine Erhöhung von 30,1 Millionen Franken. Ein Teil davon kann auf die demografische Entwicklung, also auf mehr Schüler zurückgeführt werden. Es verbleibt eine Erhöhung in der Grössenordnung von 15 Millionen Franken bis 20 Millionen Franken, die man zu einem grossen Teil dem Bereich der kantonalen Spezialangebote zuordnen kann beziehungsweise zuordnen muss. Die Kostenentwicklung in den Produktgruppen 4 und 5 ist seit Jahren ein Dauerthema in der Finanzkommission. Aufgrund des beantragten neuen Verpflichtungskredits scheint sich hier kein Ende dieser Kostensteigerungen abzuzeichnen. Während das Departement die Steigerung insbesondere mit der demografischen Entwicklung begründet hat, ist das aus Sicht der Finanzkommission zu kurz gegriffen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die allgemeinen Schülerzahlen in den letzten drei Jahren um ca. 3 % gestiegen sind. Die Kosten in den Produktgruppen 4 und 5 sind im gleichen Zeitraum aber deutlich stärker gestiegen, auch wenn man den Sondereffekt der übernommenen Gemeindebeiträge ausklammert. In der Diskussion wurde gesagt, dass mehr Schüler und zusätzliche Klassen immer auch mehr Raumbedarf zur Folge haben und es somit auch dort zu weiteren Mehrkosten kommen wird. Die Bildungs- und Kulturkommission hat letzte Woche eine entsprechende Vorlage besprochen und beschlossen. Diese zusätzlichen Kosten laufen zwar über ein anderes Globalbudget. Das ist in der Gesamtbetrachtung für die Kantonsfinanzen aber ein wichtiger Faktor und somit auch zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Entwicklungen ist für die Mehrheit der Finanzkommission Handlungsbedarf angezeigt. Die Grenze des Finanzierbaren sei erreicht und somit müsse hier angesetzt werden. In der Folge wurde der Antrag gestellt, das Globalbudget um total 15 Millionen Franken beziehungsweise um 5 Millionen Franken pro Jahr zu reduzieren. Mit ein Grund für diesen Antrag dürfte sicherlich gewesen sein, dass in der Bildungs- und Kulturkommission ein Antrag mit ähnlicher Stossrichtung eine Mehrheit gefunden hat. Kritische Stimmen gegen eine Kürzung haben darauf hingewiesen, dass die Belastung der Lehrer und Lehrerinnen bereits heute an der oberen Grenze sei und dass eine Kürzung des Budgets zu noch mehr Druck und möglichen Engpässen führen würde. Weiter wurde erwähnt, dass die Kinder, die einen sonderschulischen Bedarf haben, nun einmal hier seien und das Problem somit nicht einfach durch eine Budgetkürzung gelöst werden könne. Für die Finanzkommission ist unbestritten, dass die Budgetkürzung in dem Bereich stattfinden muss, in dem die Kosten auch entstanden sind beziehungsweise entstehen, also primär in den erwähnten Produktgruppen 4 und 5. Die Regelschulen und die Regelschüler sollen möglichst nicht davon betroffen sein. Bei den Produktgruppen 4 und 5 aber soll beziehungsweise muss es aus Sicht der Finanzkommission das Ziel sein, dass die Kosten nicht weiter überproportional ansteigen. Der inzwischen vorliegende Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion wurde bei uns in der Finanzkommission nicht gestellt und somit auch nicht diskutiert. Für die Mehrheit dürfte aber weniger eine konkrete, fixe Zahl im Vordergrund stehen, sondern primär das Zeichen, das mit dieser Budgetreduktion gesetzt werden soll, wie vorhin erwähnt. Zum

Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Kürzung von 15 Millionen Franken absolut betrachtet natürlich sehr viel zu sein scheint. In Prozent bewegt es sich aber in etwa in dem Rahmen, in dem die Finanzkommission auch bei diversen anderen Globalbudgets eine Kürzung beantragt. In der gesamten Budgetdiskussion war es für die Finanzkommission klar, dass alle Bereiche betroffen sein müssen, wenn wir die Kosten nachhaltig in den Griff bekommen wollen. Zudem reden wir unter dem Strich auch mit dem Antrag der Finanzkommission nicht von einer Kürzung, sondern eher von einer weniger starken Erhöhung. In der Gegenüberstellung des Antrags der Finanzkommission zum Antrag des Regierungsrats hat der Antrag der Finanzkommission mit 11:4 Stimmen obsiegt. In der Schlussabstimmung haben zwölf Mitglieder der Finanzkommission dem geänderten Beschlussesentwurf zugestimmt, das bei zwei Ablehnungen und einer Enthaltung.

Nicole Hirt (glp). Uns liegt der Beschlussesentwurf des Regierungsrats in der Höhe von 383'610'000 Franken vor, ein Plus von 31 % im Vergleich zur aktuellen Budgetperiode. Es liegen auch zwei Anträge der Finanzkommission und der FDP.Die Liberalen-Fraktion auf dem Tisch. Der eine Antrag ist ein wenig moderater als der andere. Die Zunahme wird vor allem durch die Produktgruppen 4 und 5 begründet. Dabei geht es um die kantonalen Spezialangebote. Wir haben es bereits gehört: Zum einen sind es die steigenden Schülerzahlen, zum anderen die unzureichende Passung und Wirksamkeit der befristeten kantonalen Angebote. Das lässt aufhorchen. Es braucht definitiv andere Massnahmen. Die Kommissionssprecherin hat es bereits erwähnt. Aber das braucht Zeit, das ist auch uns klar. Eine Beibehaltung des alten Budgets darf nicht zu Einschnitten in den Klassenzimmern führen. Das wäre ein Rohrkrepierer. Seit einer Woche hören wir hier im Saal und auch in den Medien immer wieder, dass Sparen ohne einschneidende Massnahmen nicht möglich ist. Diese Meinung teilen wir natürlich. Sparen - und das wurde auch schon oft erwähnt - ist nicht lustig und tut weh. Die Frage ist nur, wo es denn wehtun soll. Unsere Antwort ist ganz klar: Bevor Leistungen abgebaut werden, muss verwaltungsintern über die Bücher gegangen werden, so wie es bereits Leistungsüberprüfungen in anderen Ämtern gegeben hat. Es gibt in jeder Abteilung, sei es in einer öffentlichen Verwaltung oder in einer Abteilung einer Firma der Privatwirtschaft, die sogenannten Overheadkosten, auch Gemeinkosten genannt. Ich habe ChatGPT nach der Quote für die Gemeinkosten in einer öffentlichen Verwaltung gefragt. Die Antwort lautete, dass die Quote der Overheadkosten in einer öffentlichen Verwaltung je nachdem zwischen 10 % und 30 % der Gesamtausgaben liegt. Genau bei diesen Kosten muss angesetzt werden und nicht beim Abbau der Leistungen. Es ist einfach, in den Klassenzimmern zu sparen, aber absolut nicht nachhaltig. Im Bildungsbereich wollen wir das alle nicht, denn so werden die Probleme, die wir aktuell haben, nicht gelöst, sondern verlagert. Aber bei den erwähnten Overheadkosten gibt es überall Luft nach oben. Das heisst, dass man intern über die Bücher gehen muss. Denn es ist klar, dass es überall Potential für Effizienzsteigerungen, für Optimierungen und für Einsparungen gibt. Man muss es aber wollen. Das heisst auch nicht zwangsläufig, dass Personal abgebaut werden muss. Es könnte aber heissen, dass es kein zusätzliches Personal mehr braucht. Prozesse können immer verbessert und auf den neusten Stand der Technik gebracht werden. Ich glaube, dass alle öffentlichen Verwaltungen, ob kommunal oder kantonal, gewaltig Luft nach oben haben. Wenn ein Budget einmal erhöht wurde, wird es in der Regel ausgeschöpft. Es gibt absolut kein Muss, intern über die Bücher zu gehen. Die glp-Fraktion verlangt von der Verwaltung - auch wenn gebetsmühlenartig erzählt wird, dass der Kanton Solothurn schon jetzt sehr schlank ist - dass intern gespart wird. Ich nenne einige Möglichkeiten zur Senkung der Gemeinkosten. Effizienzsteigerung durch Digitalisierung: Durch den Einsatz von digitalen Technologien können Verwaltungsprozesse automatisiert und beschleunigt werden. Das reduziert den Papierverbrauch und die Notwendigkeit von manuellen Eingriffen. Optimierung im Einkauf: Durch die zentrale Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen können Verwaltungen Mengenrabatte nutzen und Kosten senken. Reduzierung von Doppelarbeit: Durch die bessere Koordination zwischen verschiedenen Abteilungen und Behörden können redundante Aufgaben vermieden werden. Die Nutzung von Datenanalysen: Durch die Analyse von Daten können Verwaltungen ineffiziente Prozesse identifizieren und gezielt verbessern. Förderung von Homeoffice und flexiblen Arbeitszeitmodellen: Das kann nicht nur die Zufriedenheit der Mitarbeitenden erhöhen, sondern auch die Kosten für Büroflächen und Bürobetriebskosten senken. Energieeffizienzmassnahmen: Durch Investitionen in energieeffiziente Gebäude und Technologien können langfristig Betriebskosten gesenkt werden. Diese Massnahmen können helfen, die Effizienz zu steigern und die Kosten zu senken, ohne dass die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen beeinträchtigt wird. In der Privatwirtschaft funktioniert das fast immer. Warum soll das nicht auch in der öffentlichen Verwaltung möglich sein? Aus all diesen Gründen wird die glp-Fraktion dem Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion folgen. Sollte dieser abgelehnt werden, werden wir dem Antrag der Finanzkommission folgen.

Laura Gantenbein (Grüne). Die Mehrausgaben im Globalbudget der Volksschule sind gut begründet: mehr Schüler und Schülerinnen und zukunftsweisende Projekte, bei denen man notabene schon lange an der Arbeit ist. Zum Beispiel ist das sehnsüchtige Warten der Lehrpersonen auf Edulog gross und schon lange vorhanden. Das kann ich sagen. Auch wenn ich vielleicht noch jung aussehe, arbeite ich doch bereits seit zehn Jahren. Bei Edulog handelt es sich um einen Online-Zugang zu den Apps, die heutzutage im Unterricht verwendet werden. Das ist kein Klacks, wenn man weiss, dass heute mit vielen digitalen Anwendungen unterrichtet wird. Andere Projekte, die zur Förderung der Französischkompetenzen mit einem Austausch für Schulklassen führen, ergeben auch Mehraufwände, weil es eine Koordination braucht, die Stand hält. Mit den Bestrebungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, hat man gesehen, dass die Projekte, die die Französischkompetenzen und den Austausch fördern, mehr Zulauf haben. Die Stufenanstiege auf allen Ebenen sind eine Massnahme, die letztes Jahr eingeführt wurde und schon lange notwendig war. Das war ein Zusatzeffort und ist in Zukunft eine Mehrausgabe. Dass es mehr Kinder gibt, die die Spezialangebote des Kantons besuchen, schlägt ebenfalls zu Buche. Diese Angebote braucht es aber. Die Kinder brauchen eine gute Betreuung, die auf sie zugeschnitten ist. Es zeigt aber auch, dass es in der Regelschule zu wenig Geld gibt, um einen Teil dieser Kinder zu integrieren. Wie man lesen konnte, wurden auch mehrere Massnahmen zur Senkung der Kosten umgesetzt. Zum Beispiel wird die externe Schulevaluation jetzt intern umgesetzt. Wie bereits gesagt, wurden letzte Woche im Rahmen des Massnahmenplans bereits Massnahmen im Bereich der Bildung beschlossen. Gerade deswegen müssen wir jetzt sicher nicht auch noch in diesem Globalbudget kürzen. Wir sind gegen alle Kürzungsanträge in diesem Bereich.

Michael Kumpli (FDP). Ich werde mein Votum wie geplant halten und nicht weglassen, was bereits gesagt wurde, weil es sonst nicht mehr stimmt. Vor 16 Jahren wurde ich als mit Abstand jüngster Gemeinderat gewählt. Ein um 30 Jahre älteres Gemeinderatsmitglied hatte mir damals mitgeteilt, dass man nie zwei Geschäfte vermischen soll, ausser beim Budget. Aber dort soll ich nicht vermischen, sondern priorisieren. Letzte Woche haben wir im Rahmen des Massnahmenplans tiefgreifende Einschnitte im Bereich der Bildung gemacht. Aufgrund der Zeitachse steht nur eine Woche später im Rahmen der Globalbudgets das grosse Budget der Volksschule für die nächsten drei Jahre auf dem Programm. Diese Zeitachse ist ein reiner Zufall. Jetzt komme ich auf meinen älteren Gemeinderatskollegen zurück. Die Kinder und Jugendlichen sind bereits auf der Welt, die Gesellschaft verändert sich schneller, als wir mit Systemjustierungen, Verordnungen oder Normen reagieren können. Ein nicht unwesentlicher Anteil der Kinder wird heute mit elektronischen Geräten unterhalten und die Eltern erwarten, dass sie in der Schule vier Lektionen Unterricht am Stück folgen können. Im Kontext, dass die Bildung für unser Land der wichtigste Rohstoff ist und daneben unser Voranschlag des Kantons Solothurn steht, dürfte man doch genau erwarten, was priorisiert wird. Normalerweise argumentiere ich nicht auf diese Art, nehmen Sie mir es bitte nicht übel. Wie sieht es aber effektiv aus? Leider werde ich das Gefühl nicht los, dass nur in den Ämtern priorisiert wird, aber nicht in den Departementen und schon gar nicht departementsübergreifend. Sonst könnte man doch erwarten, dass man bei den Staatsanwälten, den Biberfachstellen, bei der Datenschutzbeauftragten oder in der Raumplanung Einsparungen macht oder das Kostenwachstum bremst oder hinausschiebt, um ein vertretbares Budget aufzustellen. Auch wir Kantonsräte sollten nicht mit Aufträgen nicht rentable ÖV-Linien unterstützen oder mit Aufträgen Planungskoordinationen, die Gemeindeaufgaben sind, an den Kanton delegieren usw. Wir bringen es fertig, uns durch die mangelnde Priorisierung in erwiesenermassen anspruchsvollen Zeiten budgettechnisch ins Abseits zu stellen. Ich hoffe und ich weiss, dass der Kürzungsantrag der Finanzkommission von über 15 Millionen Franken beim Budget der Volksschule einzig der Gesamtlage geschuldet ist. Die Konsequenz wird sein, dass in erster Linie Schüler, die Unterstützung brauchen, noch mehr im Regelunterricht, anstatt in Förderstufen sein werden. Entsprechend werden die Klassen und Lehrpersonen noch mehr belastet und herausgefordert. Jetzt haben wir die Optik des Gesamthaushalts, der es schlicht nicht zulässt, nichts zu machen. Ich bitte Sie aber, dem Kompromissvorschlag der FDP.Die Liberalen-Fraktion zu folgen. Diesen haben wir bereits in der Bildungs- und Kulturkommission gestellt. Er hat noch immer eine massive Wachstumseindämmung von 9,6 Millionen Franken zur Folge. Jährlich sind es noch immer über 3 Millionen Franken weniger. Der Kürzungsantrag der Finanzkommission sieht 5 Millionen Franken weniger pro Jahr vor. Die FDP.Die Liberalen-Fraktion wird diesem Kompromiss zustimmen. Erlauben Sie mir zum Betrag noch ein persönliches Schlusswort. In diesem Budget gibt es aufgrund des hohen Volumens ganz sicher Schwankungsreserven. Wir haben ausgerechnet, dass es rund 2,5 % sind. Wir gehen davon aus, dass nicht alle Angebote rechtzeitig geschaffen und nicht alle Stellen rechtzeitig besetzt werden können. Aber - und dem müssen wir uns bewusst sein - es ist ein Auftrag an das Amt, das sich grundsätzlich überlegen muss, wo die 2,5 % eingespart werden können. Das Amt darf sich nicht auf eine Budgetreserve verlassen. Wer unserer Argumentation folgen kann, wird zum Schluss kommen, dass der Antrag zwar nicht nachhaltig

ist, aber aufgrund der Gesamtsituation ist er schlicht notwendig. Gestatten Sie mir noch einen Hinweis, den ich wichtig finde. Die Kinder, die das nächste Globalbudget Volksschule betreffen, sind bereits auf der Welt. Wenn wir Glück haben - und das hat nichts mit Wissenschaft oder Fachkenntnissen, sondern nur mit Glück zu tun - sind das Kinder, die nach der Coronazeit zur Welt gekommen sind und dadurch vielleicht ein wenig kräftiger unterwegs sind. Aber die Gesellschaft verändert sich. Wir müssen jetzt mit Justierungen und kritischen Fragestellungen beginnen. Vor allem müssen wir uns in den nächsten drei Jahren darüber klar werden, was wir priorisieren wollen. Das gilt für jeden kleinsten Auftrag hier im Rat und - erlauben Sie mir den Ausdruck - auch für jeden «Seich», über den wir hier abstimmen. Die FDP.Die Liberalen-Fraktion wird ihrem eigenen Kompromissvorschlag grossmehrheitlich zustimmen. Sie werden aber auch verstehen, wenn einige Mitglieder der Finanzkommission bei ihrem Antrag bleiben.

Nicole Wyss (SP). Wir von der Fraktion SP/Junge SP sind ganz klar gegen weitere Kürzungen und Sparmassnahmen. Genug ist genug. Solche Sparmassnahmen schwächen unser Bildungssystem und kommen einem Bildungs- und Qualitätsabbau gleich. Wie oft haben wir hier im Rat über Aufträge diskutiert, beispielsweise zu den Ergebnissen der PISA-Studie oder zur mangelnden deutschen Rechtschreibung? Mit dieser Budgetkürzung nehmen wir einen solchen Abbau einfach hin. Ein Bericht der Solothurner Zeitung vom 7. Dezember 2024 zeigt eindrücklich, wie das Angebot des Frühbereichs, das in der Produktgruppe 5 des Globalbudgets des Volksschulamts enthalten ist, ausgeführt wird, wie zum Beispiel die Früherziehung oder die Logopädie genutzt werden. Diese Bereiche verfügen bereits jetzt über ungenügende Ressourcen und haben eine lange Warteliste. So beträgt die Wartezeit für eine logopädische Abklärung mehrere Monate. Diese Angebote leisten einen wichtigen Beitrag für einen chancengerechten Schulstart. Gerade im Sonderschul- und im Frühbereich werden die Sparmassnahmen entscheidende Einschnitte sein. Wir haben hier im Rat auch oft die Diskussion geführt, wie schwierig das Unterrichten ist und wie gross die Herausforderungen für unsere Lehrer und Lehrerinnen geworden sind. Mit solchen Sparmassnahmen verschärfen wir diese Situation zusätzlich. Ist das wirklich das Ziel unseres Parlaments? Wir brauchen eine starke Volksschule, mit genügend Ressourcen und einem bedarfsgerechten Budget. Nehmen wir diese Verantwortung wahr, damit unseren Kindern ein guter Start in die Zukunft ermöglicht wird. Das sollten nicht nur leere Worte sein, denn die Kinder sind unsere zukünftigen Fachkräfte, die die Wirtschaft so dringend braucht. Die Fraktion SP/Junge SP lehnt den Antrag der Finanzkommission ab. Ein Teil unserer Fraktion wird sich bei der Schlussabstimmung der Stimme entweder enthalten oder das Budget ablehnen, wenn es nicht dem regierungsrätlichen Antrag entspricht.

Daniel Nützi (Die Mitte). Der Vergleich mit der vergangenen Globalbudgetperiode zeigt, dass der beantragte Verpflichtungskredit für die Jahre 2025 bis 2027 rund 90,8 Millionen Franken über den Rechnungs- und Budgetwerten der aktuellen Globalbudgetperiode liegt. Gegenüber dem effektiv genehmigten Verpflichtungskredit für die Globalbudgetperiode 2022 bis 2024 handelt es sich gar um höhere Kosten von knapp 110 Millionen Franken. Es muss hier aber klar festgehalten werden - und das wurde von der Kommissionssprecherin auch gesagt - dass 48,9 Millionen Franken von diesen Mehrkosten einzig auf die Reduktion der Gemeindebeiträge an die kantonalen Spezialangebote zurückzuführen und somit als feste Rahmenbedingung gegeben sind. Es resultieren aber immer noch über 42 Millionen Franken an Mehrkosten. Begründet werden diese mit zunehmenden Kosten insbesondere in den Produktgruppen 4 und 5, namentlich bei den kantonalen Spezialangeboten. So steigen unter anderem die Schülerzahlen, was auch dazu führt, dass höhere Personal- und Infrastrukturkosten wie auch Materialkosten entstehen. Besonders stark zugenommen haben vor allem auch Verhaltensauffälligkeiten und psychische Thematiken. Für die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP ist eine gute, zeitgemässe Bildung wichtig. Die entsprechenden Ressourcen sind in angemessener Höhe mit der Optik einer ganzheitlichen Betrachtungsweise bereitzustellen. Die Finanzkommission beantragt einen um 15 Millionen Franken tieferen Verpflichtungskredit, als er vom Regierungsrat verlangt wird. Mit dem Kompromissantrag, wie er von der FDP.Die Liberalen-Fraktion vorliegt, nämlich den Verpflichtungskredit auf einer Höhe von 374 Millionen Franken festzulegen, liegt zwar eine Kürzung um etwas mehr als 9 Millionen Franken des ursprünglich beantragten Verpflichtungskredits vor. Das ist aber aus Sicht unserer Fraktion ein vertretbarer Schritt, der einerseits der angespannten kantonalen Finanzlage und andererseits einer angemessenen Auftrags Erfüllung durch das Volksschulamt Rechnung trägt. In diesem Sinne wird die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP der Globalbudgetvorlage «Volksschule» für die Jahre 2025 bis 2027 gemäss dem Kompromissantrag mit einem Verpflichtungskredit in der Höhe von 374 Millionen Franken grossmehrheitlich zustimmen. Sollte der Kompromissantrag der FDP.Die Liberalen abgelehnt werden, wird die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP den Antrag der Finanzkommission unterstützen.

Roberto Conti (SVP), I. Vizepräsident. Es ist schön, dass ich nochmals zu einem Sachgeschäft reden kann. Im Jahr 2025 darf ich das dann ja nicht mehr machen. Allerdings ist der Inhalt von dem, was ich sage, nicht mit grosser Freude verbunden. Beim Globalbudget der Volksschule sind wir bei einem Sorgenkind der Kantonsfinanzen. Dieses hat sich seit Jahren immer mehr verschlimmert. Jetzt hat es ein Ausmass angenommen, bei dem Handlungsbedarf angezeigt ist. Die SVP-Fraktion kann mit dem Anstieg um 31 % beziehungsweise um 90,8 Millionen Franken nicht umgehen. Auch wenn man die knapp 50 Millionen Franken berücksichtigt, die wegen des Ausstiegs der Gemeinden bei der Finanzierung vom Kanton übernommen werden müssen, bleiben doch rund 40 Millionen Franken an Mehrkosten übrig. Die Gründe liegen vor allem bei den explodierenden Kosten im Bereich der kantonalen Spezialangebote wegen der starken Zunahme von Verhaltensauffälligkeiten. Unter anderem müssen auch in diesem Bereich des Globalbudgets zwingend Massnahmen zur Kostenstabilisierung beziehungsweise zur Kostensenkung rasch eingeleitet werden. Wie man der Vorlage auf Seite 3 entnehmen kann, gibt es dabei eine klare Ansage. Ich zitiere: «Ziel der Globalbudgetperiode ist es, kostenstabilisierende und -senkende Massnahmen einzuleiten und die Angebotsplanung auf die Legislaturperiode 2025 bis 2029 hin neu auszurichten. Dabei steht hauptsächlich die Reduktion der temporären kantonalen Spezialangebote für Regelschülerinnen und Regelschüler des 1. Zyklus ohne Diagnose im Fokus der Massnahmen.» Es besteht also eine gewisse Hoffnung, dass in diesem Bereich Verbesserungen erzielt werden können. Stand heute sind die genannten Mehrkosten für die SVP-Fraktion aber nicht akzeptabel. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Finanzkommission mit den 368'610'000 Franken und lehnen das Globalbudget anschliessend geschlossen ab, so wie wir das beim Eintretensvotum bereits begründet haben.

Mathias Stricker (SP). Der Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG), der Schulleiterverband und der Lehrerverband - und diesen Hut trage ich jetzt - haben sich seit zwei Jahren zusammen mit dem Volksschulamt mit dem Aktionsplan Volksschule auseinandergesetzt und diesen ausgearbeitet. Der Aktionsplan, ausgehend vom Personalmangel und von der Konkurrenz des Kantons Solothurn mit umliegenden Kantonen als Arbeitgeber, soll dazu beitragen, den Lehrerberuf und die Rolle der Schulleitung attraktiver zu machen und die Volksschule zu stärken. Der Aktionsplan soll mehr oder weniger kostenneutral umgesetzt werden. Dabei geht es auch um die Schulentwicklung, um die Nutzung des Handlungsspielraums, um Prozessverbesserungen oder beispielsweise um die Optimierung der Ressourcierung der Speziellen Förderung. Wenn jetzt zusätzlich Sparmassnahmen und Kürzungen beim Globalbudget hinzukommen, schadet das der Umsetzung des Aktionsplans und dem Kanton Solothurn sowie den Gemeinden als attraktive Arbeitgeber. Besonders schwierig ist, dass mit der Begrenzung der Sonderschulplätze eine weitere Einschränkung beschlossen wurde. Eine restriktivere Zuweisung zu den Spezialangeboten «Vorbereitungsklasse» und «Verhalten» wird die bereits belasteten Regelklassen massiv mehr belasten und die Akzeptanz der Integration erschweren. Eine inklusionsorientierte Volksschule, so wie es das Bundesgesetz vorsieht, muss langfristig aufgebaut werden. Im Moment braucht es hier sorgfältige Zwischenschritte. Eine Kürzung von mehreren Millionen Franken lehne ich vehement ab. Bei steigenden Schülerzahlen im Allgemeinen und besonders bei den kantonalen Spezialangeboten ist das unverantwortlich. Die Qualität in der Bildung hat mit den Möglichkeiten zu tun. Mit der Kürzung werden diese Möglichkeiten massiv beschnitten. Ebenfalls zunehmend sind Kinder und Jugendliche mit Integrativen Sonderpädagogischen Massnahmen in den Regelklassen. Das geht ziemlich allegro, also schnell. Allegro bedeutet übrigens auch heiter, fröhlich, was hier aber nicht wirklich passt. Wir können lange darüber diskutieren, warum die Zunahme der Kinder mit besonderen Bedürfnissen Realität ist. Es hat auf jeden Fall mit verschiedensten Entwicklungen unserer Gesellschaft zu tun. Fakt ist: Es ist so. Wie von Nicole Wyss erwähnt, hat die Solothurner Zeitung dieses Thema vorletzten Samstag ausführlich und sorgfältig aufgenommen. Nochmals: Es ist ein Fakt, dass diese Kinder und Jugendlichen hier sind und die Schulen Lösungen für sie finden müssen. Mit gekürzten Mitteln reicht das bei Weitem nicht mehr. Im Globalbudget Volksschule sind die beschlossenen Sparmassnahmen noch nicht einmal eingerechnet. Ich und 2827 Mitunterzeichnende - ich erinnere an die Petition «Stopp dem Bildungsabbau», die innerhalb einer Woche zahlreich unterstützt wurde - appellieren an Sie Kantonsräte und Kantonsrätinnen, dass Sie sich zu einer starken Volksschule bekennen und die Bedürfnisse von allen, die an den Schulen lernen und lehren, ins Zentrum stellen. Für eine starke Volksschule Kanton Solothurn müssen die Ressourcen und Rahmenbedingungen entsprechend ausgestaltet werden. Eine weitere Kürzung schadet der Volksschule, ja sie gefährdet die Bildungsqualität in unserem Kanton massiv. Nicole Hirt hat einen wichtigen Punkt angesprochen. Kürzungen sollen nicht in der Praxis, im Schulzimmer, passieren. Sie hat die Overheadkosten erwähnt. Damit bin ich einverstanden. Nur leider zeigt die Realität immer wieder, dass die Kürzungen schlussendlich - auch wenn im Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion von normalen Schwankungen gesprochen wird - immer direkt im Schulzimmer spürbar sind. Ich bitte Sie, die Kürzungsanträge abzulehnen.

Remo Ankli (Vorsteher des Departements für Bildung und Kultur). Ich sage aus Sicht des Regierungsrats noch einige Worte zu diesem doch beeindruckend grossen Globalbudget. Es hat eine Dimension, die rein von den Zahlen her ausserordentlich ist. Das hat vor allem einen Grund, nämlich dass wir die Produktegruppe 5 vor einigen Jahren der Transparenz halber von den Finanzgrössen ins Globalbudget überführt haben. So werden alle Sonderschulkosten, sowohl die der eigenen Institutionen als auch die der privaten Organisationen, im gleichen Globalbudget ausgewiesen. Das heisst, dass die 220 Millionen Franken der Produktegruppe 5 noch vor einigen Jahren tranchenweise, also über drei Jahre verteilt, in den Finanzgrössen aufgetaucht sind. Das macht das Globalbudget per se massiv grösser. Zudem gibt es die Entwicklung der Schülerzahlen. Wir haben in der Regelschule allgemein eine wachsende Zahl an Schülerinnen und Schülern. Das wirkt sich selbstverständlich auch bei den Sonderschülern und -schülerinnen aus. Weiter gibt es eine Zunahme von Fällen und von komplexen Fällen. Die Komplexität im Sonderschulbereich nimmt zu. Das alles vergrössert das Globalbudget. Nicht zu vergessen ist die Übernahme der Gemeindebeiträge. Wenn man diese mit der Annahme der Schülerzahlen für die Jahre 2025, 2026 und 2027 multipliziert, ergibt das fast 50 Millionen Franken. Somit ist der Betrag, der alleine aufgrund des Wegfalls der Gemeindebeiträge zustande kommt, höher als manch anderes Globalbudget über drei Jahre. Es ist ein kleiner Trost, dass wir damit nicht alleine sind. Diese Probleme stellen sich auch in anderen Kantonen. Das macht es nicht besser, es zeigt aber, dass die Lösung nicht einfach ist. Ansonsten hätten wir das Rezept, wie man die Kosten zumindest stabilisieren oder sogar senken kann, schon längst gefunden. Das ist aber nicht der Fall und es zeigt, dass es eine komplexe Sache ist, die auch Ausdruck einer Veränderung der Gesellschaft ist. Auch der Bildungsbericht des Kantons Thurgau zeigt steigende Zahlen im Sonderschulbereich. Man sieht also, dass der Kanton, mit dem wir uns immer wieder vergleichen, mit ähnlichen Problemen kämpft. Es ist aber wichtig, dass wir die Volksschule tragfähig halten oder stärken können. Mathias Stricker hat den Aktionsplan Volksschule genannt und auch deshalb wollen wir ihn umsetzen. Wir wollen einerseits in Zeiten des Lehrermangels attraktiv bleiben und andererseits wollen wir die Schule tragfähig halten können. Wir stehen vor grossen Herausforderungen, auch im Bereich Verhalten. Alle, die einen direkten Blick in die Schulzimmer haben, wissen, wovon wir hier sprechen. Das System Volksschule ist also komplex und wir sagen auch nicht, dass es einfach ist. Es geht darum, dass man Massnahmen ergreift und wir haben aufgezeigt, in welche Richtung diese gehen könnten. Das ist ein längerer Prozess. Die Frage ist, wo man die Ressourcen hingibt, damit man sie auch von den separativen Gefässen wegbringen und einen Teil davon in der Regelschule zur Anwendung bringen kann, und zwar möglichst in den frühen Jahren der Schüler und Schülerinnen. So haben wir später weniger Probleme und weniger separativ geschulte, sondern mehr integrativ geschulte Schüler und Schülerinnen, wenn sie im Unterricht mitkommen und diesen nicht stören. Diesen Prozess wollen wir also eingehen. In der Bildungs- und Kulturkommission wurden bereits Diskussionen dazu geführt und der Weg wurde aufgezeigt. Was nicht möglich ist, ist, einen Betrag von mehreren Millionen Franken einzusparen, ob das nun bei den Overheadkosten oder beim Amt ist. 90 % der Kosten befinden sich in den Produktgruppen 4 und 5 und 10 % sind Overheadkosten. Diese beinhalten aber mehr, beispielsweise den Schulpsychologischen Dienst. Gibt es Ausfälle bei den Abteilungen, die die Sonderschulmassnahmen verfügen, kommen sofort Reaktionen aus den Gemeinden und den Schulen, weil wir nicht gewohnt schnell reagieren können und es dann Wartelisten gibt. Wenn wir Einsparungen vornehmen müssen, werden diese in den Produktgruppen 4 und 5 erfolgen müssen. Aus diesem Grund hält der Regierungsrat an seinem Antrag fest.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

Marco Lupi (FDP), Präsident. Wir stellen nun den Antrag der FDP. Die Liberalen-Fraktion dem Antrag der Finanzkommission gegenüber. Den obsiegenden Antrag stellen wir anschliessend dem Antrag des Regierungsrats gegenüber, bevor wir die Schlussabstimmung durchführen.

Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2024:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Volksschule» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 368'610'000 Franken beschlossen.

Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion vom 6. Dezember 2024:

Ziffer 2 soll lauten:

Für das Globalbudget «Volksschule» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 374'000'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 42]

Für den Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion	61 Stimmen
Für den Antrag der Finanzkommission	32 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 43]

Für den Antrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion	61 Stimmen
Für den Antrag des Regierungsrats	32 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ziffern 3. und 4. Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 44]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs inkl. Änderungsantrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion	48 Stimmen
Dagegen	31 Stimmen
Enthaltungen	11 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1551), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Volksschule» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Steuerung Volksschule
 - 1.1.1 Effiziente und effektive Zusprennung von Beiträgen innerhalb der gesetzlichen Vorgaben (§§ 91 ff. VSG)
 - 1.1.2 Pensenzuteilung für die Abteilungen der verschiedenen Schularten und Schulangebote nach kantonal einheitlichen Kriterien (§ 55 VSG i.V.m. § 39 VSV)
 - 1.1.3 Jedes Kind erhält eine seinen Möglichkeiten entsprechende, bedarfsgerechte Schulbildung (§ 56 VSG)
 - 1.1.4 Überprüfung der Einhaltung der kantonalen Vorgaben (Stichproben)
 - 1.1.5 (§ 80 VSG)
 - 1.1.6 Sekundarschule bezweckt eine bedarfsgerechte Vorbereitung auf das Berufsleben und die weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II (§ 25 VSG)
 - 1.1.7 Hohe Zuverlässigkeit bei Entscheiden des Volksschulamtes (Verfügungen und Beschwerdeverfahren)
 - 1.2 Produktgruppe 2: Qualitätssicherung
 - 1.2.1 Vermeidung und Verminderung von Krisen // psychologischer Beitrag zu Problemlösungen // Ressourcenerschliessung bei Kind und System
 - 1.2.2 Sicherung und Förderung potenzialgerechter Schullaufbahnen und Systemunterstützung der Schulen
 - 1.2.3 1:1 Computing an der Volksschule einführen (SGB 0188/2017, Legislaturplan 2021–2025 B.3.6.1)

- 1.2.4 Sicherung der Funktionsfähigkeit und Entwicklung der Schulen (Ergebnisse der externen Schulevaluation)
- 1.2.5 Leistungsfähigkeit der Solothurnischen Schülerinnen und Schüler im interkantonalen Rahmen feststellen
- 1.3 Produktgruppe 3: Personalentwicklung an Schulen
 - 1.3.1 Spezifische Weiterbildung für Lehrpersonen und Schulleitungen gemäss Leistungsauftrag mit dem Institut Weiterbildung und Beratung (IWB) der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
 - 1.3.2 Qualifizierende Weiterbildung für Lehrpersonen und Schulleitungen an der Hochschule für Heilpädagogik (HfH)
- 1.4 Produktgruppe 4: Kantonale Spezialangebote: Durchführung durch das Heilpädagogische Schulzentrum (HPSZ)
 - 1.4.1 Bedarfsgerechte Angebots- und Standortverteilung
 - 1.4.2 Wirksamkeit der temporären kantonalen Spezialangebote
- 1.5 Produktgruppe 5: Kantonale Spezialangebote: Durchführung mittels Leistungsauftrag
 - 1.5.1 Bedarfsgerechte Angebots- und Standortverteilung
 - 1.5.2 Wirksamkeit der temporären kantonalen Spezialangebote
- 2. Für das Globalbudget «Volksschule» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 374'000'000 Franken beschlossen.
- 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Volksschule» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
- 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

SGB 0192/2024

Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe B und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G) nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1550), beschliesst:

- 1. Für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Betriebliche Berufsbildung
 - 1.1.1 Qualitativ gute Ausbildung in den Lehrbetrieben
 - 1.1.2 Qualitativ gute Ausbildung in den überbetrieblichen Kursen
 - 1.2 Produktgruppe 2: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
 - 1.2.1 Wirksame Unterstützung bei der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl
 - 1.2.2 Wirksame Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16 bis 25-jährigen), deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist
 - 1.3 Produktgruppe 3: Führung und Koordination der Berufs-, Mittel- und Hochschulen
 - 1.3.1 Qualitativ gute und kostengünstige Bildung an Berufs-, Mittel- und Hochschulen
 - 2. Für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 35'757'000 Franken beschlossen.
 - 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 - 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Antrag der Bildungs- und Kulturkommission vom 6. November 2024 auf Ablehnung des Beschlussesentwurfs des Regierungsrats.

- c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 20. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 33'957'000 Franken beschlossen.

- d) Ablehnende Stellungnahme des Regierungsrats vom 26. November 2024 zum Antrag der Finanzkommission.

Eintretensfrage

Tamara Mühlemann Vescovi (Die Mitte), Sprecherin der Bildungs- und Kulturkommission. Auch in diesem Budget sind die Produktgruppenziele und die Indikatoren unverändert. Der beantragte Verpflichtungskredit ist um 4,4 Millionen Franken höher als die Rechnungs- und Budgetwerte der laufenden Globalbudgetperiode. Das entspricht einem Anstieg von rund 14 %. Dieser wird vor allem mit der Schaffung von zusätzlichen Stellen in den Bereichen Informatik, Umsetzung Pflegeinitiative und Case Management begründet. In der Kommission wurden wir zudem über das Projekt «viamia» informiert. Das ist ein vom Bund initiiertes und finanziertes Beratungsangebot der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung für Erwachsene ab 45 Jahren. Aufgrund der Sparmassnahmen beim Bund werden die Erträge in der Höhe von jährlich rund 200'000 Franken für die Weiterführung dieses Projekts ab dem Jahr 2026/2027 wegfallen. Davon hat man beim Kanton erst Ende Oktober erfahren. Aus diesem Grund wird im Globalbudget mit Beiträgen von fast 500'000 Franken gerechnet, die der Kanton aber nie erhalten wird. Das Projekt wird entsprechend überprüft werden müssen, weil es sich um ein freiwilliges Angebot handelt. Auch die Berufsmaturitätsquote, die angehoben werden soll, wurde in der Kommission diskutiert. Das Ziel ist es, die Berufsmaturität im Kanton Solothurn, bei der die Quote im gesamtschweizerischen Durchschnitt sehr niedrig ist, attraktiver zu machen. Damit wird auch einem Bedürfnis der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) entsprochen, die auf Berufsmaturanden und -maturandinnen als zukünftige Studierende angewiesen ist. Diese Strategie wird von der Bildungs- und Kulturkommission klar unterstützt. Bei diesem Globalbudget hat man aber vor allem das Personalwachstum kritisch hinterfragt. Der grösste Teil des Aufbaus hat mit der Informations- und Datenschutzsicherheit bei den Schulen zu tun. Der Schulbetrieb wird zunehmend digitalisiert, was dem Zeitgeist entspricht. Demzufolge ist man auch auf die Systeme angewiesen. Gleichzeitig besteht die gesetzliche Verpflichtung, den Datenschutz und die Datensicherheit zu gewährleisten. Der sorgfältige Umgang mit besonders schützenswerten Daten ist zentral und man möchte vermeiden, dass es zu Vorfällen kommt. Hat man diese Stellen nicht, setzt man sich logischerweise gewissen Risiken aus. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Dienstleistungen zentral für die Schulzentren erbracht werden, damit der Pensenaufbau in diesem Bereich einigermaßen im Rahmen bleibt. Würde man diese Strukturen dezentral bei jedem Schulzentrum aufbauen, würde man noch viel mehr Ressourcen benötigen. Bei diesem Globalbudget wurde in der Kommission der Antrag gestellt, den Verpflichtungskredit um 2 Millionen Franken auf 33,73 Millionen Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde von der Kommission mit 8:4 Stimmen unterstützt. In der Schlussabstimmung hat eine Mehrheit der Kommission das Globalbudget mit dem Verpflichtungskredit von neu 33,73 Millionen Franken mit 7:5 Stimmen abgelehnt.

André Wyss (EVP), Sprecher der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat dieses Globalbudget ebenfalls an ihrer Sitzung vom 20. November 2024 besprochen. Auch hier war klar, dass die Finanzkommission mit einem möglichst mehrheitsfähigen Budgetantrag in den Kantonsrat kommen will. Im Gegensatz zur Volksschule waren die Diskussionen zu diesem Geschäft aber relativ kurz, was sicherlich auch auf die ausführlichen Diskussionen in der Bildungs- und Kulturkommission zurückzuführen war. Basierend auf den Ausführungen des Regierungsrats und auf den Diskussionen in der Bildungs- und Kulturkommission wurde ein Antrag auf Festlegung des Budgets auf 33,957 Millionen Franken gestellt. Das entspricht einer Reduktion um 1,8 Millionen Franken gegenüber dem Antrag des Regierungsrats. Bei diesem Betrag handelt es sich quasi um einen Kompromiss zwischen der alten und der neuen Globalbudgetperiode. Der Antrag ist ein wenig höher als der Antrag, der in der Bildungs- und Kulturkommission gestellt wurde und wird primär mit der finanziellen Situation des Kantons begründet. Trotz dieser Anpassung stehen für die neue Globalbudgetperiode rund 2,6 Millionen Franken mehr zur Verfügung als in der aktuellen Periode. Bei der Abstimmung hat der Antrag der Finanzkommission gegenüber dem Antrag des Regierungsrats mit 11:4 Stimmen obsiegt. Bei der Schlussabstimmung hat die Finanzkommission dem geänderten Beschlussesentwurf mit 13:2 Stimmen zugestimmt.

Janine Eggs (Grüne). Wir Grünen sind klar für den Vorschlag des Regierungsrats und gegen die Kürzung der Finanzkommission. Wir haben bereits letzte Woche gesagt, dass uns die Bildung nie egal ist. Sie ist eine unserer wichtigsten Ressourcen. Sie ist das Kapital unserer Wirtschaft und gut ausgebildete Leute sind der Grundpfeiler für eine gut funktionierende Gesellschaft. Das kann das Vorwärtskommen bei der Digitalisierung oder bei der Informatik sein, ein professionell ausgebildetes Pflegepersonal, auf das wir alle irgendwann mal angewiesen sein werden, oder die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen für die Berufswahl. Das alles ist für einen funktionierenden Kanton wichtig und hier zu sparen, ist gefährlich. Wir haben letzte Woche mit dem Massnahmenplan bereits extreme Massnahmen getroffen, die genau diesen Bereich treffen. Deshalb können wir in den Globalbudgets keine weiteren Einsparungen vornehmen. Die Kosten sind sehr gut begründet und teilweise einfach nicht beeinflussbar, beispielsweise wenn es um zunehmende Schülerzahlen geht. Deshalb ist für uns klar, dass wir den Antrag der Finanzkommission ablehnen werden.

Nicole Hirt (glp). Auch uns ist die Bildung nicht egal. Die Bemühungen des Amts für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (ABMH) verdienen grosse Anerkennung und Respekt. Die Zusammenarbeit mit den Schulen funktioniert wunderbar. Was würden viele Schüler und Schülerinnen beispielsweise ohne die Laufbahnberatung der Berufsinformationszentren machen? Aber auch hier verfolgen die Grünliberalen den gleichen Ansatz wie beim Globalbudget Volksschule in Sachen Overheadkosten. Dem Umstand, dass hier Gelder des Bundes ins Spiel kommen, die eben nicht mehr kommen, muss natürlich Rechnung getragen werden. In diesem Globalbudget sind 600'000 Franken jährlich nicht budgetiert, die bis anhin vom Bund gekommen sind. Der beantragte Verpflichtungskredit ist 12,2 % höher als derjenige des vergangenen Budgets. Der Antrag der Finanzkommission ist um 1,8 Millionen Franken tiefer als der Antrag des Regierungsrats. Die Informations- und Datenschutzsicherheit ist natürlich auch uns wichtig und es ist uns klar, dass diese Geld kostet. Trotzdem finden wir, dass beides - das Projekt «viamia» und die Informations- und Datenschutzsicherheit - in den 2,574 Millionen Franken Platz haben sollte, auch weil der Betrag der Finanzkommission höher ist als der Betrag der vergangenen Globalbudgetperiode. Wir sind überzeugt, dass es das ABMH schaffen wird, seine Prozesse zu überarbeiten und zu optimieren, denn Luft nach oben gibt es überall. Das habe ich bereits beim letzten Geschäft erwähnt. Die glp-Fraktion wird den Antrag der Finanzkommission unterstützen. Sollte dieser unterliegen, werden wir uns hinter den Beschlussentwurf des Regierungsrats stellen.

Mathias Stricker (SP). Die Fraktion SP/Junge SP lehnt den Antrag der Finanzkommission einstimmig ab und folgt dem Regierungsrat. Die Mehrkosten sind für uns ausgewiesen und zielführend. Ich erwähne einige für uns wichtige Punkte: das Case Management Berufsbildung, die Umsetzung der Pflegeinitiative, die demografische Entwicklung, der Mehraufwand bei den überbetrieblichen Kursen wegen Reformen in der Berufsbildung - hier kann der Kanton notabene nichts machen, sondern er muss einfach ausführen - das Lehrstellencoaching der Verbände oder Ertragsausfälle. Die Kommissionssprecherin hat den Wegfall des Projekts «viamia» erwähnt. Damit fehlen bereits ca. 0,5 Millionen Franken. Das geht mit der beantragten Kürzung für uns nicht auf. Die Fraktion SP/Junge SP findet dieses Projekt im Zusammenhang mit der Erwachsenenbildung sehr wichtig und meint, dass es dem Standort Solothurn auch bezüglich dem Fachkräftemangel schadet, wenn es wegfällt. Auch im Gesundheitssektor erleben wir die Auswirkungen der kurzfristigen, kostenfokussierten Massnahmen auf Bundesebene. Was wir in der Ausbildung, beispielsweise bei Ärzten und Ärztinnen, aber auch bei medizinischen Praxisassistenten jahrelang gespart haben und uns jetzt auch noch mit strengeren Regulierungsmassnahmen verbauen, holt uns in der Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung zunehmend ein. Eine fatale Entwicklung ist im Gange, wenn wir nicht mehr in genügendem Mass in die Ausbildung investieren und diese gewährleisten können. Noch können wir im Bildungssektor aber ein Zeichen für die Standortqualität und Attraktivität des Kantons setzen, nicht zuletzt für unsere junge Bevölkerung. Die Ausbildungsmöglichkeiten und die Brückenangebote müssen gestärkt und nicht geschwächt werden. Eine Kürzung des Globalbudgets schadet der Ausbildung der Lernenden und der Erwachsenen und schlussendlich auch der Wirtschaft. Wir lehnen den Antrag ab.

Beat Künzli (SVP). Ich möchte Janine Eggs dasselbe sagen, was ihr Nicole Hirt schon gesagt hat: Selbstverständlich ist die Bildung auch uns nicht egal. Ganz im Gegenteil, die Bildung ist einer der Eckpfeiler des Wohlstands unseres Kantons und unseres Landes. Ich bin aber der Meinung, dass wir aufhören sollten, immer den Teufel an die Wand zu malen und von einem zusammenbrechenden Bildungssystem zu reden, nur weil man den Verpflichtungskredit nicht so stark erhöhen will, wie das Departement das will. Ich muss es immer wieder wiederholen: Wir sprechen nicht von einer Kürzung, sondern von einer nicht ganz so grossen Erhöhung, wie sie vorgesehen ist. Die SVP-Fraktion geht immer vom Verpflichtungskre-

dit der vergangenen Globalbudgetperiode aus. Dieser wurde vor drei Jahren mit 30,7 Millionen Franken gesprochen. Wenn man diesen mit dem aktuellen Verpflichtungskredit vergleicht, so haben wir eine Erhöhung von über 5 Millionen Franken. Das ist aus unserer Sicht massiv. Wir haben auch von der Kommissionssprecherin gehört, dass es hier vor allem um mehrere Stellen geht. Deshalb werden wir dem Antrag der Finanzkommission zustimmen. Dieser ist moderater als der Antrag, den die FDP.Die Liberalen-Fraktion dannzumal auch in der Bildungs- und Kulturkommission gestellt hat. Trotz der Zustimmung zum Antrag auf eine leichte Kürzung des Globalbudgets ist es noch immer eine deutliche Erhöhung, liebe Janine Eggs. Ich muss es nochmals wiederholen, denn ich habe manchmal den Eindruck, dass ihr es nicht einsehen wollt und könnt, dass wir von einer Erhöhung des Globalbudgets sprechen und nicht von einer Kürzung. Uns ist die Bildung sehr wichtig und deshalb stimmen wir dem Antrag zu. Am Schluss werden wir die Vorlage ablehnen.

Daniel Nützi (Die Mitte). Auch hier zeigt der Vergleich mit der vergangenen Globalbudgetperiode auf, dass der beantragte Verpflichtungskredit für die Jahre 2025 bis 2027 rund 4,4 Millionen Franken über den Rechnungs- und Budgetwerten der aktuellen Globalbudgetperiode liegt. Begründet werden die zunehmenden Kosten unter anderem mit der Schaffung von neuen Stellen im Bereich Informatik, mit der Umsetzung der Pflegeinitiative, mit verzögerten Stellenbesetzungen sowie mit den Teuerungszulagen in den vergangenen Jahren. Für die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP ist es auch hier wichtig, dass das ABMH die ihm zugeteilten Aufgaben angemessen erfüllen kann. Dabei darf aber auch hier die Gesamtsituation des Kantons nicht ausser Acht gelassen werden. Aus diesem Grund erachtet die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP den Antrag, den Verpflichtungskredit für die Jahre 2025 bis 2027 auf knapp 34 Millionen Franken festzulegen - das entspricht einer jährlichen Reduktion der beantragten Jahrestanche um 600'000 Franken - als vertretbar. In diesem Sinne wird die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP der Globalbudgetvorlage Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen für die Jahre 2025 bis 2027 gemäss dem Antrag der Finanzkommission einstimmig zustimmen.

Remo Ankli (Vorsteher des Departements für Bildung und Kultur). Auch hier lege ich kurz die Haltung des Regierungsrats dar und begründe, warum wir am ursprünglichen Antrag festhalten. Hier könnte man denken, dass es einfach um das Amt gehe, das die Verwaltung im Rosengarten ist und dieses ein deutlich höheres Budget als das letzte erhält. Ich möchte klarstellen, dass rund die Hälfte des Betrags, der hier zur Diskussion steht, direkt in die Wirtschaft fliesst, weil es nämlich die Kosten für die Durchführung des Qualitätsverfahrens sind, also der Lehrabschlussprüfungen, der dazugehörigen Aufsicht und Beratung der Lehrbetriebe und auch der Beiträge an die Durchführung der überbetrieblichen Kurse. Der restliche Betrag ist unter anderem für die Studien- und Laufbahnberatung, für das Case Management Berufsbildung oder für «viamia» vorgesehen. Wenn nun Einsparungen vorgenommen werden müssen, so ist das nicht im ersten Teil möglich. Dazu gibt es Vorgaben des Bundes, wie man das durchzuführen und Beiträge zu leisten hat. Also kann man nur bei der zweiten Hälfte sparen. Dabei ist noch nicht eingerechnet, dass der Bund seine Beiträge an «viamia» ab dem Jahr 2026 streichen wird. Das sind 200'000 Franken pro Jahr und man wird also prüfen müssen, ob und wie man das Projekt weiterführen wird. Was ebenfalls wichtig festzuhalten ist und was die Erhöhung teilweise auch erklärt, ist die Integration des Bereichs des Informations- und Datenschutzes der vier Schulzentren - der beiden Kantonsschulen und der beiden Berufsfachschulen - ins Amt. Dieser Bereich wird im Amt nun zusammengefasst und er ist sehr wichtig. Im Kanton Basel-Stadt wurden Daten im Schulbereich gehackt und im Darknet publiziert und es gab eine Erpressung. Es ist wichtig, dass wir in diesem Bereich gut aufgestellt sind. Es ist richtig, dass wir das zentral machen. Dezentral ist es sicher teurer, es ist aber auch eine Frage des Know-how. Hier muss man up to date sein, ansonsten verliert man. Wir wissen noch nicht genau, wie viel Bundessubventionen wir im Berufsschulbereich erhalten. Aber es wird sicher weniger sein als bisher. Wenn der Beitrag gleichbleibt, die Lernendenzahlen aber steigen und es eine Teuerung gibt, haben wir am Schluss weniger. Neben den bereits beschlossenen oder angedrohten Kürzungen des Bundes wird sich das ebenfalls auswirken. Das Problem des Amts ist es dann, wie es mit einem reduzierten Globalbudget umgehen soll. Soll man dort, wo man die Möglichkeiten hat, sofort Kürzungen, Streichungen oder Schliessungen vornehmen oder will man ein wenig zuwarten, wie sich die Kürzungen des Bundes auswirken werden? Das ist nicht ganz einfach, weil es auch eine Frage der politischen Fairness und des Umgangs mit einem Beschluss des Parlaments ist. Mir ist es wichtig, nochmals zu unterstreichen, dass man sich dessen bewusst sein muss. Wenn man Kürzungen vornimmt und diese umgesetzt werden müssen, muss es in dem Bereich des Amts sein, in dem wir Freiheiten haben und das ist der Bereich, den ich genannt habe, nämlich bei der Berufs- und Laufbahnberatung und beim Case Management Berufsbildung. Die anderen Bereiche sind vorgegeben. Aus diesen Gründen hält der Regierungsrat an seinem Antrag

fest. Beat Künzli will ich sagen, dass seine Fraktion ja zuerst dem höheren Beitrag zustimmen könnte, wenn sie das Globalbudget in der Schlussabstimmung ohnehin ablehnt (*Heiterkeit im Saal*).

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2024:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 33'957'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 45]

Für den Antrag der Finanzkommission	62 Stimmen
Für den Antrag des Regierungsrats	31 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ziffern 3. und 4.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 46]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	56 Stimmen
Dagegen	33 Stimmen
Enthaltungen	4 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe B und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1550), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Betriebliche Berufsbildung
 - 1.1.1 Qualitativ gute Ausbildung in den Lehrbetrieben
 - 1.1.2 Qualitativ gute Ausbildung in den überbetrieblichen Kursen
 - 1.2 Produktgruppe 2: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung
 - 1.2.1 Wirksame Unterstützung bei der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl
 - 1.2.2 Wirksame Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (16 bis 25-jährigen), deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist
 - 1.3 Produktgruppe 3: Führung und Koordination der Berufs-, Mittel- und Hochschulen
 - 1.3.1 Qualitativ gute und kostengünstige Bildung an Berufs-, Mittel- und Hochschulen
2. Für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 33'957'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

SGB 0191/2024

Globalbudget «Berufsschulbildung» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe B und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1549), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Schulische berufliche Grundbildung
 - 1.1.1 Die Absolvierenden schliessen den Unterricht gemäss Lehrplan erfolgreich ab
 - 1.1.2 Optimale Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Praxis
 - 1.1.3 Kostengünstige Ausbildung
 - 1.1.4 Absolvierende der Brückenangebote finden Anschluss in die Berufsbildung
 - 1.2 Produktgruppe 2: Weiterbildung
 - 1.2.1 Hohe Qualität in den Weiterbildungskursen
 - 1.2.2 Kostengünstige Weiterbildung
 - 1.3 Produktgruppe 3: Bildung an Höheren Fachschulen
 - 1.3.1 Qualitativ hochstehende, bedarfsgerechte Ausbildung
 - 1.3.2 Kostengünstige Ausbildung
 - 1.4 Produktgruppe 4: Höhere Fachschule für Technik Mittelland AG, HFTM AG
 - 1.4.1 Qualitativ hochstehende und bedarfsgerechte Ausbildung
2. Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 110'321'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.

b) Antrag der Bildungs- und Kulturkommission vom 6. November 2024 auf Ablehnung des Beschlussesentwurfs des Regierungsrats.

c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 20. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 107'500'000 Franken beschlossen.

d) Zustimmung des Regierungsrats vom 26. November 2024 zum Antrag der Finanzkommission.

e) Antrag der Fraktion SP/Junge SP vom 5. Dezember 2024:

Ziffer 2. soll lauten und in der ursprünglichen Fassung gemäss B&E beibehalten werden:

Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 110'321'000 Franken beschlossen.

Eintretensfrage

Tamara Mühlemann Vescovi (Die Mitte), Sprecherin der Bildungs- und Kulturkommission. Auch in diesem Globalbudget bleiben die Produktgruppen und die Indikatoren unverändert. Der beantragte Verpflichtungskredit liegt 9,8 Millionen Franken über den Rechnungs- und Budgetwerten der laufenden Globalbudgetperiode. Das entspricht einer Zunahme von 9,7 %. Die Differenz zum ursprünglich genehm-

migten Verpflichtungskredit beträgt 13,9 Millionen Franken, was hauptsächlich der Teuerung geschuldet ist. Zu erwähnen ist zudem, dass die Sparmassnahmen auch bei diesem Globalbudget noch nicht berücksichtigt sind. Es sind bis zu 3 Millionen Franken, die zusätzlich hinzukommen. Ein Grund für die Kostensteigerung ist die demografische Entwicklung. Allein in den Berufsfachschulen sind es 150 Lernende mehr. Dieser Trend wird gemäss dem Bundesamt für Statistik weiter anhalten. Entsprechend müssen zusätzliche Klassen eröffnet werden und es braucht das notwendige Personal. Weiter müssen auch mehr Berufe angeboten werden. Spezifisch im Bereich der Berufsfachschulen ist der kantonale Spielraum bedeutend kleiner als bei anderen Schulen. Weder die Angebote noch die Schülerzahlen können beeinflusst werden. In den Bildungsverordnungen wird vom Bund vorgeschrieben, was in den Kantonen unterrichtet werden muss. Eigentlich entspricht es einer positiven und erfreulichen Entwicklung, wenn die Zahl der Lernenden in der Berufsbildung steigt. Dabei ist die Optimierung der Klassengrössen ein Dauerauftrag des Amts. Leider ist es auch im Bereich der Berufsbildung so, dass der Bund eine Ablastung an die Kantone durchführt. Grob geschätzt wird der Kanton ca. 10 % weniger an Bundessubventionen erhalten. Das bedeutet einen massiven Ertragseinbruch und das ist im vorliegenden Globalbudget ebenfalls noch nicht abgebildet. Abgesehen von der Berufsbildung hat aber auch die Umsetzung der Pflegeinitiative einen Einfluss auf die Kostenentwicklung. In der Kommission wurde trotzdem der Antrag gestellt, den Verpflichtungskredit auf 106 Millionen Franken zu reduzieren, das mit dem Ziel, einen Beitrag an die Stabilisierung des Finanzhaushalts zu leisten. Als Basis für diesen Antrag diente der Voranschlag 2024 und er wurde mit drei multipliziert. Auch hier war ein Teil der Kommission der Meinung, dass man mit einem solchen Antrag sehr kompromissbereit sei und dass grundsätzlich nicht mehr Geld bewilligt werden soll, als das in der letzten Globalbudgetperiode der Fall war. Entsprechend würde man den Antrag zwar unterstützen, das Globalbudget aber ablehnen, auch wenn das hier möglicherweise ebenfalls Auswirkungen auf die Qualität habe. Ein weiterer Teil der Kommission sah diesen Antrag als annehmbaren Kompromiss. Ein dritter Teil der Kommission war der Meinung, dass es in diesem Globalbudget keine Möglichkeiten zur Reduzierung des beantragten Verpflichtungskredits geben würde. In der Abstimmung war es wie folgt: Der Antrag wurde mit 7:4 Stimmen bei einer Enthaltung unterstützt. In der Schlussabstimmung wurde das Globalbudget ebenfalls mit 7:4 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

André Wyss (EVP), Sprecher der Finanzkommission. Auch bei diesem Globalbudget war es uns aufgrund der Vorgaben der Bildungs- und Kulturkommission wichtig, einen Antrag präsentieren zu können. Basierend auf den Ausführungen in der Vorlage und den Diskussionen in der Bildungs- und Kulturkommission wurde auch hier ein Antrag gestellt, und zwar dass das Budget bei 107,5 Millionen Franken festgelegt werden soll. Das Amt begründet die Erhöhung mit der demografischen Entwicklung und mit der Umsetzung der Pflegeinitiative. Die Mehrheit der Finanzkommission war der Meinung, dass insbesondere bei der Pflegeinitiative zu optimistisch gerechnet wurde, was die Klassenanzahl betrifft. Bei der Gegenüberstellung stimmte die Finanzkommission mit 10:5 Stimmen für den Antrag der Finanzkommission. In der Schlussabstimmung wurde dem neuen Betrag mit 12:3 Stimmen zugestimmt. Der Regierungsrat stimmte diesem Antrag am 26. November 2024 ebenfalls zu. Wir bitten Sie also, den Antrag der Finanzkommission zu unterstützen und den Antrag der Fraktion SP/Junge SP folglich abzulehnen.

Silvia Fröhlicher (SP). Nachdem die vorherigen Anträge alle genehmigt wurden, bin ich hoffnungsvoll, dass das bei unserem Antrag ebenso sein wird, auch wenn er in eine andere Richtung geht. Unseren Antrag auf Rücksetzung auf den ursprünglichen Verpflichtungskredit von 110'321'000 Franken stellen wir aus folgenden Gründen: Wir haben von der Kommissionssprecherin gehört, dass rund 10 % weniger an Bundesgeldern fliessen werden. Dieses Geld fliesst auch in die Investitionen an die Zentren für die überbetrieblichen Kurse (ÜK). Diese sind in der Lehrlingsausbildung ein wichtiger Teil. Über deren Wichtigkeit haben wir hier im Rat schon einige Male debattiert. Zudem sind sie gesetzlich vorgeschrieben. Das in Frage zu stellen, ist für die Fraktion SP/Junge SP in Zeiten des Fachkräftemangels unhaltbar. Die deutliche Annahme der Pflegeinitiative erfordert jetzt auch entsprechend rasche Umsetzungen. Dazu gehört auch die Mitfinanzierung von geplanten ÜK-Zentren von Seiten des Kantons. Wie man der Solothurner Zeitung entnehmen konnte, appelliert die Präsidentin der Gesellschaft der Solothurner Ärzte und Ärztinnen, hier nicht noch mehr zu sparen, weil es fatale Auswirkungen haben wird. Ich zitiere aus der Solothurner Zeitung: «Dass sich Sparmassnahmen im Bildungsbereich unmittelbar bemerkbar machen, kann am Beispiel der MPA-Ausbildung eindrücklich aufgezeigt werden. Finden wir keine finanzierbare Lösung, werden wir die überbetrieblichen Kurse in Zukunft in bestehende Ausbildungslösungen von Nachbarkantonen auslagern müssen.» Das heisst mit anderen Worten, dass sie bei uns verloren gehen. «Damit sinkt nicht nur die Attraktivität für die Lernenden, die für ihre Ausbildung längere An-

fahrtswegen in Kauf nehmen müssen, sondern es geht auch ein ganzes innerkantonales Kurssystem verloren. Wenn wir die medizinische Versorgung in unserem Kanton aufrechterhalten und dem Fachkräftemangel entgegenwirken wollen, ist die Frage, ob wir uns die Ausbildung leisten können, hinfällig. Wir müssen.» Es hat mir sehr zu denken gegeben, dass sich sogar die Präsidentin der Gesellschaft der Solothurner Ärzte und Ärztinnen derart aus dem Fenster lehnt und das in der Zeitung publik macht. Wir müssen aber auch weitere Kürzungen befürchten. Wie wir es von den Vorrednern bereits gehört haben, sind Berufsmessen und Lehrstellenvermittlungen ebenso gefährdet und auch das wird massive Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Dessen muss man sich bewusst sein. Zudem wird mit einer allfälligen Kürzung des Globalbudgets auch die Berufsmaturitätsquote gefährdet sein. Die Berufsmaturität (BM) ist in unserem Kanton ebenfalls enorm wichtig, weil dort die Fachkräfte ausgebildet werden, die wir in der Wirtschaft unbedingt brauchen. Das kann nicht im Interesse der Wirtschaft sein. Natürlich kann man die Situation später mit Nachtragskrediten vielleicht wieder zurechtbiegen. Aber das ist für die Planungssicherheit im Bereich der Bildung, sprich der Schulen, absolut nicht förderlich. Es führt in der Praxis zu Unsicherheit und Unruhe. Letzte Woche haben wir den Massnahmenplan verabschiedet. Das heisst, dass es mit dieser Kürzung nochmals eine Kürzung im Bereich der Berufsschulbildung gibt und das können wir nicht unterstützen. Tragen wir Sorge zu unserem ausgezeichneten dualen Bildungssystem, welches weltweit bewundert und nachgeahmt wird. Das ist eine sichere Investition in unsere Zukunft. Wir von der Fraktion SP/Junge SP wollen im Bereich der wichtigen Berufsschulbildung ganz klar keinen Qualitätsabbau und haben deshalb den Antrag auf Beibehaltung des ursprünglichen Verpflichtungskredits gestellt. Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie unserem Antrag zu und nehmen Sie keine weiteren Kürzungen vor. Denn auch diese haben langfristig immense Auswirkungen.

Andrea Meppiel (SVP). Ich möchte mich zum vorliegenden Globalbudget Berufsschulbildung nur kurz und prägnant äussern. Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben es bereits in der Bildungs- und Kulturkommission und auch bei den bisherigen Globalbudgets ausführlich dargelegt. Die SVP-Fraktion lehnt alle Globalbudgets ab, die höher ausfallen als diejenigen der letzten Periode. Schon das voraussichtliche Ergebnis des Verpflichtungskredits, das bedeutet die Rechnungen 2022 und 2023 sowie der Voranschlag 2024, von 100,5 Millionen Franken überschreitet den damals bewilligten Kredit von 96,4 Millionen Franken um 4,1 Millionen Franken. Das bedeutet jährliche Mehrkosten von 1,4 Millionen Franken. Der neu beantragte Verpflichtungskredit für die Jahre 2025 bis 2027 liegt jetzt bei stolzen 110,3 Millionen Franken. Das ist ein Plus von 13,9 Millionen Franken gegenüber dem zuletzt bewilligten Budget. Letzte Woche haben wir den Finanzhaushalt des Kantons hier im Rat ausführlich diskutiert. Aus diesem Grund kann die SVP-Fraktion einer solchen Erhöhung keinesfalls zustimmen. Wer die Gründe für diese Mehrkosten näher betrachtet, stellt fest, dass auch in der kommenden Globalbudgetperiode ein Personalaufbau geplant ist. Zudem tragen die steigenden Klassenzahlen zu höheren Kosten bei. Ob diese Klassen gefüllt werden können, ist fraglich. Mit Blick auf unsere finanzielle Lage und wie unsere Fraktion mehrfach betont hat, müssen hier Lösungen gefunden werden, die zu Einsparungen führen. Es kann nicht sein, dass die Globalbudgets ständig ungebremst steigen. Dass die Fraktion SP/Junge SP in der aktuellen Finanzlage mit einem solchen Antrag kommt und von einem Abbau der Bildung und von Qualitätseinbussen spricht, ist für uns nicht ansatzweise nachvollziehbar. Sogar der Regierungsrat folgt dem Antrag der Finanzkommission. Wie die Fraktion SP/Junge SP jetzt auf die Idee zu kommt, den Kredit wieder zu erhöhen, ist für uns unverständlich. Liebe Fraktion SP/Junge SP, wann erkennt ihr endlich die Finanzsituation unseres Kantons? Helft ihr auch einmal mit zu sparen? Das wäre ein schönes Weihnachtsgeschenk für den Kanton. Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag der Fraktion SP/Junge SP selbstverständlich ab. Da dieses Globalbudget aber noch immer höher ist als das vorhergehende, lehnt die SVP-Fraktion dieses in der Schlussabstimmung ab.

Rebekka Matter-Linder (Grüne). Unser modernes Bildungssystem vermittelt den jungen Menschen nicht nur Fachkompetenzen, sondern es werden auch persönliche Fähigkeiten wie Selbstständigkeit und individuelle Regulationsfähigkeit, die sogenannten Softskills, vermittelt. Junge, gesunde und fähige Menschen sind für eine erfolgreiche Zukunft von grösster Wichtigkeit. Zur Bewältigung der dringenden gesellschaftlichen Herausforderungen ist es richtig und wichtig, dass im Bildungsbereich, speziell hier im Berufsbildungsbereich, keine Sparmassnahmen vorgenommen werden, besonders auch deshalb, weil die Schweiz aufgrund der demografischen Entwicklung ihr inländisches Fachkräftepotential besser ausschöpfen muss. Die Berufsbildung erlaubt einer praktisch-intelligent lernenden Person einen erfolgreichen Zukunftsweg, auch ohne gymnasialen Weg. Die Bildung ist unser höchstes Gut. Dieses müssen wir bestens schützen und fördern. Gerne zitiere ich Michael Kummli: «Bildung ist unser wichtigster Rohstoff». Wie wir heute Morgen bereits oft gehört, aber in den heutigen Abstimmungen noch nicht bestätigt erhalten haben: Bildung ist uns allen nie egal. Die gewünschte und lang ersehnte Pflegeinitiative

zeigt jetzt auch Auswirkungen auf dieses Budget, was absehbar war. Die Erhöhung der Schülerzahlen hat einen direkten Einfluss auf das Budget. Dass der Trend von höheren Schülerzahlen in den nächsten Jahren anhalten wird, kann uns alle nur freuen, denn das wirkt dem längst bekannten Fachkräftemangel entgegen. Wir sind darauf angewiesen, dass unsere jungen Menschen eine gute Berufsbildung geniessen können und zu guten Arbeiterinnen und Arbeitern ausgebildet werden. Im Bildungswesen den Sparhebel anzusetzen, ist ein Schuss in die falsche Richtung und führt zu einem Eigentor. Insbesondere bei der Berufsschule gibt es sehr wenig bis keine freiwilligen Angebote, bei denen Einsparungen möglich wären. Vielleicht wäre es interessant, den Turnunterricht in der Berufsschule wieder anzuschauen. Aber das ist ein Thema für sich. Das vorliegende Globalbudget ist eng budgetiert und die Spielräume sind nicht gross. Nein, eigentlich sind keine Spielräume vorhanden. Eine Kürzung des Globalbudgets zieht auch eine Subventionskürzung von Seiten des Bundes mit sich. Das wollen und können wir doch auf keinen Fall selber verschulden. Wir Grünen halten am Originalantrag des Regierungsrats fest und unterstützen den Antrag der Fraktion SP/Junge SP. Wir sprechen uns einstimmig gegen eine Budgetkürzung aus, und das als Weihnachtsgeschenk für alle unsere Lernenden des Kantons Solothurn.

Christian Thalmann (FDP). Zuerst möchte ich für die vorbildliche Transparenz in diesem Globalbudget danken. Die Abweichungen - die positiven und die negativen - werden auf rund drei Seiten akribisch dargestellt. Wenn man das ein wenig genauer analysiert, sieht man beim laufenden Globalbudget Folgendes: Hier heisst es «Abweichung kumulativ vier zusätzliche Klassen». Weiter heisst es «kumulativ acht Klassen weniger». Das bedeutet, dass man im laufenden Globalbudget quasi zu optimistisch budgetiert hat. Das Gleiche stellen wir hier fest. Selbstverständlich ist ein Wachstum vorhanden. Aber das Wachstum, auf das sich das Amt beruft, ist vom Bundesamt für Statistik berechnet und bei diesem Amt sollte man immer ein wenig vorsichtig sein. Wenn ich mir die Bevölkerungsstatistik des Amts für Finanzen - dieses gibt jeweils ein interessantes Büchlein mit der Bevölkerungspyramide heraus - ein wenig genauer anschau, sehe ich kein enormes Wachstum, so wie der Regierungsrat das ursprünglich berechnet hat. Die Berufsbildung ist etwas sehr Wichtiges. Ich durfte diese vor 30 Jahren auch geniessen. Die FDP, Die Liberalen-Fraktion ist für eine starke Berufsbildung. Wir erachten die demografische Entwicklung jedoch als zu positiv beurteilt. Der Kanton ist verpflichtet, die Berufsbildung zu finanzieren. Das ist sonnenklar. Wenn es wider Erwarten doch so viele Klassen geben sollte, muss der Kanton das auch zahlen und es wird allenfalls einen Nachtragskredit geben. Der Antrag der Finanzkommission ist ein guter Kompromiss. Anstatt 110 Millionen Franken soll der Verpflichtungskredit 107,5 Millionen Franken betragen. Der Verpflichtungskredit der letzten Periode betrug 99 Millionen Franken. Ich denke, dass man damit in den nächsten drei Jahren gut fahren kann. Wir werden den Antrag der Finanzkommission einstimmig unterstützen. Den Antrag der Fraktion SP/Junge SP lehnen wir ab.

Daniel Nützi (Die Mitte). Der Vergleich mit der vergangenen Globalbudgetperiode zeigt auch hier, dass der beantragte Verpflichtungskredit für die Jahre 2025 bis 2027 knapp 10 Millionen Franken, genau 9,8 Millionen Franken, über den Rechnungs- und Budgetwerten der aktuellen Periode liegt. Begründet werden die Mehrkosten - wir haben es bereits gehört - unter anderem mit zusätzlichen Klassen aufgrund der demografischen Entwicklung, mit der Umsetzung der Pflegeinitiative, mit höheren Beiträgen an die Höhere Fachschule für Technik Mittelland und mit den Teuerungszulagen und Stufenanstiegen. Auch hier ist es der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP wichtig, dass die Aufgaben der Berufsschulbildung erfüllt werden können, jedoch unter Berücksichtigung der gesamtkantonalen finanziellen Rahmenbedingungen. Aus diesem Grund erachtet es die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP als vertretbar, den Verpflichtungskredit für die Jahre 2025 bis 2027, wie von der Finanzkommission beantragt, auf 107,5 Millionen Franken festzulegen. In diesem Sinne wird die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP der Globalbudgetvorlage Berufsschulbildung für die Jahre 2025 bis 2027 gemäss dem Antrag der Finanzkommission einstimmig zustimmen.

Nicole Hirt (glp). Rebekka Matter-Linder will ich sagen, dass auch wir in der Bildung nicht sparen wollen. Ich habe das vorhin bereits gesagt. Aber hier muss es verwaltungsintern Möglichkeiten geben. Deshalb haben wir den Erhöhungen der beiden vorherigen Globalbudgets nicht zugestimmt. Es wurde schon erwähnt, dass der Pflegeinitiative mit 61 % zugestimmt wurde. Es war klar, dass das Konsequenzen auf die Finanzen haben wird. Darum würde eine Ablehnung dieses Globalbudgets definitiv quer in der Landschaft stehen. Nichtsdestotrotz halten wir an unserem Weg fest, was die Optimierung der Overheadkosten betrifft. Es ist mir klar, dass es nicht einfach ist, wenn man verwaltungsintern Prozesse überprüfen und Optimierungen in die Wege leiten muss. Aber der Wille muss gezeigt werden und dann kommt es sicher gut. Wir werden dem Antrag der Finanzkommission folgen, dem auch der Regierungsrat positiv gegenübersteht. Bei den Lohn- und Personalentwicklungen gibt es definitiv noch Spielraum.

Den Antrag der Fraktion SP/Junge SP, der den Verpflichtungskredit fordert, den der Regierungsrat ursprünglich vorgesehen hat, lehnen wir ab.

Beat Künzli (SVP). Rebekka Matter-Linder hat mehrere Male von einer Kürzung des Globalbudgets gesprochen. Ich sage ihr gerne nochmals, dass es sich nicht um eine Kürzung handelt. Noch nicht einmal die SVP-Fraktion verlangt eine Kürzung. Wir verlangen nur, dass der Stand auf dem Niveau der letzten Globalbudgetperiode gehalten werden soll. Selbst wenn wir dem Antrag der Finanzkommission zustimmen, sprechen wir von einer Erhöhung des Globalbudgets von 96,4 Millionen Franken auf 107,5 Millionen Franken. Das sind also über 10 Millionen Franken Mehrausgaben. Wie man hier von einer Kürzung sprechen kann, kann Rebekka Matter-Linder mir dann privat bei einem Kaffee erklären.

Marco Lupi (FDP), Präsident. So schnell kommt man zu einem Date (*Heiterkeit im Saal*). Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Für den Regierungsrat spricht Remo Ankli.

Remo Ankli (Vorsteher des Departements für Bildung und Kultur). Um das zu erklären, was ich im Zusammenhang mit diesem Votum nicht verstehe, reicht ein Kaffee nicht. Dafür braucht es ein Mittagessen. Bei den Berufsfachschulen haben wir eine Kostenstruktur von 85 % im schweizerischen Vergleich. Das heisst, dass wir in diesem Bereich deutlich günstiger produzieren als der schweizerische Durchschnitt. An dieser Stelle erlaube ich mir, all meinen Mitarbeitenden ein Kränzchen zu winden. Wir sind seit Jahren auf diesem Weg und es ist ein sehr guter Weg. Weiter haben wir mehr Lernende. Mir ist nicht ganz klar - auch als ich Andrea Meppiel zugehört habe - ob man Freude daran hat, dass es mehr Lernende gibt. Ich hatte immer den Eindruck, dass man in diesem Kanton für eine starke Berufsbildung ist. Auch scheint man sich darüber einig zu sein, dass wir zu wenig Fachkräfte haben. Also müssten wir Freude daran haben, dass wir mehr Lernende haben. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir im Angebot nicht frei sind. Vom Bund ist vorgegeben, was wir an den Berufsfachschulen anzubieten haben und das geht bis zum Sportunterricht. Deshalb muss ich Rebekka Matter-Linder enttäuschen. Beim Lehrlingsturnen können wir nicht viel machen. Dort haben wir uns die Nase bereits einmal angeschlagen. Auch erwähnen möchte ich die Gelder für Investitionen von ÜK-Zentren. Als einer der einzigen Kantone haben wir diese Gelder bisher aus den Überschüssen der Restmittel der Bundessubventionen finanziert. Diese haben wir nicht einfach dem Staatshaushalt zukommen lassen, sondern wir haben sie als Investitionsbeiträge an die ÜK-Zentren bereitgestellt. Dieser Topf ist leer. Wenn der Bund nun Kürzungen vornimmt beziehungsweise das Mengenwachstum und die Teuerung nicht berücksichtigt, wird der Topf sicher nicht neu gefüllt werden. Aus diesem Grund werden wir keine weiteren Investitionsbeiträge an ÜK-Zentren zahlen können, es sei denn, dass sich der Kanton dazu entscheidet, diese Beiträge aus dem Finanzhaushalt zu zahlen. Dafür braucht es aber eine separate Vorlage mit einem entsprechenden Beschluss. Die Gelder an die Betriebe der ÜK sind garantiert. Dem Antrag der Finanzkommission schliessen wir uns an. Sollte es doch mehr Lernende geben, wird ein Nachtragskredit gestellt werden müssen. Die Berufsschulbildung und das Angebot sind garantiert. Den Unterricht werden wir selbstverständlich durchführen. Die Zahlen werden wir dann sehen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

Marco Lupi (FDP), Präsident. Wir stellen nun den Antrag der Fraktion SP/Junge SP dem Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrats gegenüber.

Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2024:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 107'500'000 Franken beschlossen.

Antrag der Fraktion SP/Junge SP vom 5. Dezember 2024:

Ziffer 2. soll lauten und in der ursprünglichen Fassung gemäss B&E beibehalten werden:

Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 110'321'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 47]

Für den Antrag der Fraktion SP/Junge SP	29 Stimmen
Für den Antrag der Finanzkommission und des Regierungsrats	63 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

Ziffer 3. Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 48]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	63 Stimmen
Dagegen	23 Stimmen
Enthaltungen	7 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe B und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1549), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Schulische berufliche Grundbildung
 - 1.1.1 Die Absolvierenden schliessen den Unterricht gemäss Lehrplan erfolgreich ab
 - 1.1.2 Optimale Zusammenarbeit zwischen der Schule und der Praxis
 - 1.1.3 Kostengünstige Ausbildung
 - 1.1.4 Absolvierende der Brückenangebote finden Anschluss in die Berufsbildung
 - 1.2 Produktgruppe 2: Weiterbildung
 - 1.2.1 Hohe Qualität in den Weiterbildungskursen
 - 1.2.2 Kostengünstige Weiterbildung
 - 1.3 Produktgruppe 3: Bildung an Höheren Fachschulen
 - 1.3.1 Qualitativ hochstehende, bedarfsgerechte Ausbildung
 - 1.3.2 Kostengünstige Ausbildung
 - 1.4 Produktgruppe 4: Höhere Fachschule für Technik Mittelland AG, HFTM AG
 - 1.4.1 Qualitativ hochstehende und bedarfsgerechte Ausbildung
2. Für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 107'500'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Berufsschulbildung» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.

Marco Lupi (FDP), Präsident. Wir kommen zum laufenden Globalbudget «Kultur und Sport», zu dem das Wort nicht gewünscht wird. Vorhin habe ich den ersten Teil der Klasse beim Betreten der Tribüne begrüsst. Den zweiten Teil der Klasse verabschiede ich jetzt beim Verlassen der Tribüne. Schön, dass ihr hier gewesen seid. Habt einen schönen Tag. Kleiner Fun Fact: Im Berner Rat ist es so, dass geklatscht wird, wenn Gäste begrüsst werden (*Beifall und Heiterkeit im Saal*). Dort wird für alle geklatscht. Sollten Sie einmal Minderwertigkeitsgefühle haben, müssen Sie sich in Bern anmelden. Sie werden begrüsst und es klatschen 160 Personen. Jetzt kommen wir zum Finanzdepartement. Dort gibt es eine Mehrjahresplanung und sieben Globalbudgets, wovon drei neu sind. Zum laufenden Globalbudget «Führungsunterstützung FD/Amtschreibereiaufsicht» wird das Wort nicht gewünscht.

SGB 0196/2024

Globalbudget «Amtschreiberei-Dienstleistungen» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1564), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Amtschreiberei-Dienstleistungen» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:

1.1 Produktgruppe 1: Grundbuch

1.1.1 Rechtlich einwandfreie und effiziente Führung der Grundbuchämter und erbringen der von der Kundschaft beanspruchten Leistungen in hoher Qualität und innert einer angemessen kurzen Frist.

1.2 Produktgruppe 2: Güter- und Erbrecht

1.2.1 Rechtlich einwandfreie und effiziente Führung der Erbschaftsämter und erbringen der von der Kundschaft beanspruchten Leistungen in hoher Qualität und innert einer angemessen kurzen Frist.

1.3 Produktgruppe 3: Betreibungen

1.3.1 Rechtlich einwandfreie und effiziente Führung der Betreibungsämter und erbringen der von der Kundschaft beanspruchten Leistungen in hoher Qualität und innert einer angemessen kurzen Frist.

1.4 Produktgruppe 4: Konkurse

1.4.1 Rechtlich einwandfreie und effiziente Führung des Kantonalen Konkursamtes und erbringen der von der Kundschaft beanspruchten Leistungen in hoher Qualität und innert einer angemessen kurzen Frist.

1.5 Produktgruppe 5: Handelsregister

1.5.1 Rechtlich einwandfreie und effiziente Führung des Kantonalen Handelsregisteramtes und erbringen der von der Kundschaft beanspruchten Leistungen in hoher Qualität und innert einer angemessen kurzen Frist.

2. Für das Globalbudget «Amtsschreiberei-Dienstleistungen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Ertragsüberschuss von 32'358'000 Franken beschlossen.

3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Amtsschreiberei-Dienstleistungen» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.

4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Daniel Probst (FDP), Sprecher der Finanzkommission. In diesem Globalbudget wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Ertragsüberschuss von 32,358 Millionen Franken vorgeschlagen. Der Verpflichtungskredit des letzten Globalbudgets 2022 bis 2024 lag mit einem leicht höheren Ertragsüberschuss bei 34,9 Millionen Franken. Das voraussichtliche Ergebnis des aktuellen Verpflichtungskredits, also von der Rechnung 2022 und 2023 bis zum Voranschlag 2024, liegt nur noch bei einem Ertragsüberschuss von 31,1 Millionen Franken. Die entsprechenden Abweichungen wurden im Bericht erläutert und haben in der Finanzkommission keine Fragen oder Diskussionen ausgelöst. Deshalb hat die Finanzkommission dem Globalbudget einstimmig zugestimmt.

Heinz Flück (Grüne). Dieses Budget hat auch bei der Grünen Fraktion zu keinen grossen Diskussionen geführt. Es braucht in gewissen Bereichen zwar mehr Personal, dieses finanziert sich aber durch Gebüh-

ren. Das ist wieder einmal ein Beispiel dafür, dass starre Regelungen bezüglich des Stellenetats nicht wirklich Sinn machen. Die Grüne Fraktion stimmt dem Globalbudget einstimmig zu.

Matthias Borner (SVP). Bei besonderen Ereignissen soll man das Wort ergreifen. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Globalbudget einstimmig zu.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1., 2., 3. und 4.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 49]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	91 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

SGB 0198/2024

Globalbudget «Finanzen und Statistik» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. B und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1567), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Finanzen und Statistik» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Planung und Reporting
 - 1.1.1 Ordnungsgemässe Rechnungslegung gemäss den Grundsätzen des WoV-Gesetzes sicherstellen
 - 1.1.2 Verlässliche, gesetzeskonforme, zukunfts- und empfängerorientierte Entscheidungsgrundlagen über Leistungen und Finanzen des Kantons sicherstellen
 - 1.2 Produktgruppe 2: Finanz- und Controllerdienstleistungen
 - 1.2.1 Kompetente und bedarfsgerechte Fachberatung aller Finanzverantwortlichen des Kantons gewährleisten
 - 1.2.2 Rationelles, einheitliches und unverzügliches Rechtsinkasso, Verlustscheinbearbeitung und Inkasso der Unentgeltlichen Rechtspflege durchführen
 - 1.3 Produktgruppe 3: Kompetenzzentrum SAP
 - 1.3.1 Beratung, Schulung und Support im Bereich SAP für alle Dienststellen des Kantons und andere Nutzer des kantonalen SAP-Systems gewährleisten
 - 1.3.2 Optimale Bewirtschaftung des Supportbudgets
 - 1.3.3 Systemverfügbarkeit ist gewährleistet
 - 1.4 Produktgruppe 4: Statistik
 - 1.4.1 Aufbereitung, Koordination und Diffusion von kantonalen und kommunalen Daten für alle Nutzergruppen gemäss Statistikstrategie sicherstellen
 - 1.4.2 Fachlichen Betrieb der kantonalen Datenplattform (Applikationsverantwortung Leistungsbezügler) und Vertretung des Kantons in zugehörigen Fachgremien gewährleisten

2. Für das Globalbudget «Finanzen und Statistik» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 11'995'000 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Finanzen und Statistik» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
- b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Matthias Borner (SVP), Sprecher der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat sich auch mit diesem Globalbudget auseinandergesetzt. Es umfasst die Aufgaben Haushaltsmanagement, Controllerdienste, SAP Kompetenzzentrum und Führung des kantonalen Statistikdienstes. Folgende Projekte sind in der neuen Globalbudgetperiode enthalten: das kantonale Risikomanagement auf Stufe Regierungsrat, die Umsetzung des kantonsrätlichen Auftrags zur Leistungsüberprüfung, die Umsetzung und Überwachung des Massnahmenplans 2024, die Integration weiterer Ämter in den Kreditorenworkflow und die Umstellung auf SAP S/4 HANA. Hinzu kommt die Evaluation zum Ausbau des kantonalen Statistikdienstes als Kompetenzzentrum für Analysen, Prognosen und Studien. Ebenso soll eine Evaluation zur Einführung von Data Analytics (Machine Learning/KI) entlang der Roadmap der Digitalisierungsstrategie gemacht werden. Im Vergleich zur letzten Globalbudgetperiode ist eine Erhöhung um 11,8 Millionen Franken vorgesehen. Der grösste Teil davon, nämlich 10,8 Millionen Franken, ist auf Mindereinnahmen beim Verlustscheininkasso sowie beim Inkasso des Kreditorenworkflows zurückzuführen. 800'000 Franken gehen zulasten von höheren Personalkosten und rund 200'000 Franken zulasten von höheren Bankspeisen und höheren Aufwänden für den SAP-Support. Wenn man die Liste der neuen Projekte anschaut, ist diese Steigerung durchaus im Mass und sie hat auch in der Finanzkommission zu keinen Diskussionen Anlass gegeben. Der Beschlussesentwurf wurde einstimmig bei zwei Enthaltungen angenommen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1., 2. und 3.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 50]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	73 Stimmen
Dagegen	19 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

SGB 0197/2024

Globalbudget «Personalwesen» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1566), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Personalwesen» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Personalpolitik, -entwicklung, -information und Beratung
 - 1.1.1 Anbieten stufen- und bedarfsgerechter Ausbildung und Beratung
 - 1.1.2 Betriebliches Gesundheitsmanagement zusammen mit den Führungskräften umsetzen
 - 1.1.3 Gestalten einer attraktiven Personalpolitik und Bereitstellen von zielgruppengerechten Informationen, gezieltem Markenaufbau (Employer Brand) und Recruiting-Initiativen sowie Personalführungsinstrumenten und digitaler HR-Prozesse
 - 1.2 Produktgruppe 2: Personaldienste
 - 1.2.1 Bereitstellen von bedarfsgerechten, effizienten und rechtsgleichen Personaldienstleistungen
 2. Für das Globalbudget «Personalwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 21'850'000 Franken beschlossen.
 3. Die Kürzung infolge der Kostenverschiebungen für das Jahr 2025 wird bei den Ämtern im Voranschlag 2026 vorgenommen.
 4. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Personalwesen» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 5. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 20. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats:
Ziffer 2. soll neu lauten:
Für das Globalbudget «Personalwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 21'100'000 Franken beschlossen.
- c) Zustimmung des Regierungsrats vom 26. November 2024 zum Antrag der Finanzkommission.
- d) Antrag der Fraktion SP/Junge SP vom 5. Dezember 2024:
Ziffer 3. soll gestrichen werden:
~~Die Kürzung infolge der Kostenverschiebungen für das Jahr 2025 wird bei den Ämtern im Voranschlag 2026 vorgenommen.~~

Eintretensfrage

Daniel Probst (FDP), Sprecher der Finanzkommission. Für das Globalbudget «Personalwesen» für die Jahre 2025 bis 2027 schlägt der Regierungsrat einen Globalbudgetsaldo von 21,8 Millionen Franken vor. Das bedeutet eine Steigerung um 6,5 Millionen Franken gegenüber dem vergangenen Globalbudgetsaldo von 15,3 Millionen Franken. Begründet wird der Anstieg einerseits mit der Umsetzung der HR-Strategie, mit dem Aufbau der Business Partner, andererseits mit der Zentralisierung der beruflichen Grundbildung beim Personalamt. Damit werden die Löhne und die Sachkosten der Lernenden zentralisiert. Ein dritter Punkt betrifft die Aufstockung des Rechtsdienstes, damit das Mengenwachstum in diesem Bereich bewältigt werden kann. Viertens und letztens braucht es für die Applikationsbetreuung im Rahmen des Impulsprogramms Digitalisierung mehr Ressourcen. Aufgrund der grossen Steigerung von 6,5 Millionen Franken hat die FDP.Die Liberalen-Fraktion der Finanzkommission beantragt, den Globalbudgetsaldo auf 19,5 Millionen Franken zu beschränken. Das ist um 2,3 Millionen Franken tiefer als der Antrag des Regierungsrats, aber immer noch 4,2 Millionen Franken mehr als beim letzten Globalbudget. Der Kürzungsantrag der FDP.Die Liberalen-Fraktion ist in der Finanzkommission von links und rechts durchaus auf Sympathien gestossen. Diskutiert wurde unter anderem auch ein Marschhalt bei der Umsetzung des Business Partner Modells. Nach einer längeren und sehr intensiven Diskussion hat man sich aber nicht für einen Marschhalt entschieden, sondern man hat gesagt, dass man das Business Partner Modell gestaffelt umsetzen will. Die FDP.Die Liberalen-Fraktion hat ihren ursprünglichen Antrag zurückgezogen und einen alternativen Kürzungsantrag auf 21,1 Millionen Franken gestellt. Dieser Antrag wurde sehr deutlich mit einer Gegenstimme angenommen. In der Schlussabstimmung wurde dem Globalbudget «Personalwesen» mit einem Saldo von 21,1 Millionen Franken grossmehrheitlich zugestimmt.

Simon Bürki (SP). Ich sage etwas zu unserem Antrag, der eher ein unpolitischer, sondern technischer Natur ist. Dabei geht es darum, dass man die Führungsunterstützung und die Sicherstellung von professionellen und personalrechtlich korrekten HR-Prozessen des Business Partner Modells neu aufbauen will.

Die Betonung liegt auf «neu», sprich dass das bisher noch nicht so gewesen ist. Deshalb will man zusätzlich ein strategisches Recruiting neu aufbauen - bisher gibt es das nicht - unter anderem auch, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und um die Rekrutierung professionalisieren zu können. Es handelt sich also um einen neuen, professionelleren Aufbau respektive um Strukturen und Dienstleistungen, die man schaffen will. Deshalb wurden die entsprechenden Dienstleistungen und Ressourcen in den Ämtern bisher nicht bereitgestellt und die Kosten waren in diesen Globalbudgets auch nicht enthalten. Sie haben also nicht existiert und darum kann man das nicht wirklich verrechnen. Es ist systemfremd, wenn man neue, zusätzliche Dienstleistungen, die man anbieten will, Ämtern, die diese bis anhin gar nicht im Globalbudget hatten, querverrechnet. Das geht nicht auf. Zudem gibt es bereits heute Möglichkeiten für interne Verrechnungen, mit denen man das lösen könnte. Die Verrechnung mit 39 Ämtern scheint nicht sehr zielführend zu sein, insbesondere wenn es um eine neue Verrechnungsart und um Kleinstbeträge geht. Offenbar hat das auch in Controllerkreisen kritische Voten hervorgerufen. Ich lese die Auflistung, die ich von den Kleinstbeträgen gemacht habe, nicht vor. Aber zu den neu zu verrechnenden Kosten kann ich erwähnen, dass der grösste von all den kleinen Beträgen bei der Polizei zu suchen ist und das sind 17'000 Franken. Gerade bei der Polizei braucht es aber keinen Partner für das strategische Recruiting, weil die neuen Polizisten direkt ab der Polizeischule rekrutiert werden. Hier braucht es also keine zusätzliche interne Begleitung. Deshalb stimmen wir dem Antrag der Finanzkommission respektive unserem Änderungsantrag zu.

Peter Hodel (Vorsteher des Finanzdepartements). Zum Globalbudget habe ich grundsätzlich nichts zu sagen. Der Regierungsrat stimmt dem Kürzungsantrag der Finanzkommission zu. Aber zum Antrag der Fraktion SP/Junge SP will ich etwas sagen. Es ist nicht ganz korrekt, was soeben gesagt wurde. Es werden nicht grundsätzlich über alles zusätzliche Ressourcen geschaffen. Das Projekt des Business Partner Modells ist ein Teil der HR-Strategie und dabei geht es darum, dass Aufgaben, die jetzt in den Linien der Ämter gemacht werden, neu zentral vom Personalamt gemacht werden. Das wurde im damaligen Zusatzkredit auch so dargelegt. Wir haben gesagt, dass wir ein Pilotprojekt machen und dieses startet am 1. Januar 2025 in zwei Departementen, im Volkswirtschaftsdepartement und im Finanzdepartement. Wir gehen davon aus, dass die Departemente mit dem Business Partner Modell um 50 % der Kosten entlastet werden. Im Rahmen des Pilotprojekts werden wir das genau auswerten und aufzeigen können, wie hoch die Entlastung tatsächlich ist. Der Transparent halber sage ich aber, dass es teilweise neue Stellen geben wird. Im Grundsatz wird es etwa halbe-halbe sein wird. 50 % der neuen Stellen werden im Personalamt anfallen und diese werden vom Personalamt selber finanziert. Was in der Ziffer 3. geregelt wird, ist Folgendes: Wir machen das Pilotprojekt und werden es im Jahr 2026 auswerten. Da man es nicht mehr im Voranschlag 2025 aufnehmen konnte, wird die Verrechnung im Voranschlag 2026 vorgenommen. Wenn Sie wirkliche Kostentransparenz wollen, muss man die Ziffer 3. umsetzen. Bei den internen Verrechnungen ist diese Transparenz für das Parlament nicht gegeben. Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion SP/Junge SP abzulehnen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress Ziffer 1.

Angenommen

Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2024:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Personalwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 21'100'000 Franken beschlossen.

Antrag der Fraktion SP/Junge SP vom 5. Dezember 2024:

Ziffer 3 soll gestrichen werden:

~~Die Kürzung infolge der Kostenverschiebungen für das Jahr 2025 wird bei den Ämtern im Voranschlag 2026 vorgenommen.~~

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 51]

Für den Antrag der Fraktion SP/Junge SP

37 Stimmen

Für den Beschlussesentwurf des Regierungsrats und der Finanzkommission

55 Stimmen

Enthaltungen

0 Stimmen

Ziffer 3., 4. und 5.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 52]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	88 Stimmen
Dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	3 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1566), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Personalwesen» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Personalpolitik, -entwicklung, -information und Beratung
 - 1.1.1 Anbieten stufen- und bedarfsgerechter Ausbildung und Beratung
 - 1.1.2 Betriebliches Gesundheitsmanagement zusammen mit den Führungskräften umsetzen
 - 1.1.3 Gestalten einer attraktiven Personalpolitik und Bereitstellen von zielgruppengerechten Informationen, gezieltem Markenaufbau (Employer Brand) und Recruiting-Initiativen sowie Personalführungsinstrumenten und digitaler HR-Prozesse
 - 1.2 Produktgruppe 2: Personaldienste
 - 1.2.1 Bereitstellen von bedarfsgerechten, effizienten und rechtsgleichen Personaldienstleistungen
2. Für das Globalbudget «Personalwesen» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 21'100'000 Franken beschlossen.
3. Die Kürzung infolge der Kostenverschiebungen für das Jahr 2025 wird bei den Ämtern im Voranschlag 2026 vorgenommen.
4. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Personalwesen» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
5. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Marco Lupi (FDP), Präsident. Ich stelle fest, dass das Wort zum laufenden Globalbudget «Steuerwesen» nicht gewünscht wird. Wir machen jetzt eine Pause bis um 11.00 Uhr.

Die Verhandlungen werden von 10.30 bis 11.00 Uhr unterbrochen.

SGB 0195/2024

Mehrjahresplanung ab 2025 «Informatikprogramm»; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2025 (Investitionsrechnung)

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 56 Absatz 1 Buchstabe a) des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1563), beschliesst:

1. Der Rechenschaftsbericht über die Projekte und die Mehrjahresplanung ab 2025 «Informatikprogramm» in der Investitionsrechnung werden zur Kenntnis genommen.
2. Für die Kleinprojekte ab 2025 wird in der Investitionsrechnung als Bruttovorgabe ein Verpflichtungskredit von 9,0 Mio. Franken beschlossen.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- b) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Matthias Borner (SVP), Sprecher der Finanzkommission. Dieses Mehrjahresprogramm hat in der Finanzkommission keinen Anlass zu Diskussionen gegeben und es wurde einstimmig angenommen. Zuerst nenne ich die wichtigsten abgeschlossenen Projekte des letzten Jahres: Lifecycle Management 2024 der zentralen Informatikplattformen sowie der Informations- und Telekommunikationsservices (IKT) in den kantonalen Rechenzentren, Weiterentwicklung der kantonalen Schulplattform KASCHUSO, Abschluss neuer Release my.so.ch mit Integration Juristische Personen, Einführung neuer Verwaltungsarbeitsplatz SO!Workplace in verschiedenen Dienststellen gemäss Rollout Planung, Abbildung «Erstellung Globalbudget mit SAP» im Hochbauamt, Abschluss Ersatz Netzwerk (Backbone), Auslagerung Daten 3. Standort (OffLine Backup) und neue Version der zentralen Geschäftsverwaltung GEVER. In Zukunft wird die Mehrjahresplanung auch die digitale Verwaltung beinhalten, was Sinn macht, weil das letztlich die Infrastruktur des Ganzen ist. Schwerpunkte 2025 sind: Digitalisierung Gerichte / Justitia 4.0, Einführung eBauSO, Ablösung RT-Time / Spesenworkflow, Klärung Vorgehen Einführung NEST.Objekt, Migration auf SAP S/4HANA und Einführung NEST.deq. Ich sage kurz etwas zu den Herausforderungen. Bei Juris beispielsweise ist so, dass die Firma, die diese Software bewirtschaftet hatte, übernommen wurde. Die neue Firma will das nicht weiterführen und macht den Unterhalt in den nächsten Jahren zu viel höheren Kosten. Das ist zusätzlich schwierig, weil man gleichzeitig mit Justitia 4.0 eine neue Software einführen muss. Dafür wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Gerichte und mit Peter Hodel eingesetzt. Sie wird versuchen, zusammen mit anderen Kantonen eine Lösung zu finden. Das Ausgabeniveau für Gross- und Kleinprojekte ist bei 11 Millionen Franken geblieben. Im Vergleich zur letzten Mehrjahresplanung hat sich also nichts verändert. An dieser Stelle will ich erwähnen, dass Thomas Burki, Chef des Amts für Informatik und Organisation, in Pension gehen wird und ich möchte ihm für seine Arbeit herzlich danken. Er macht seine Arbeit vorbildlich und unspektakulär. Ich habe ihn immer wieder mal Veto-macht genannt, weil er die Infrastruktur für die digitale Verwaltung zur Verfügung stellt. Wenn er sagen würde, dass die Arbeit nicht mehr machbar sei und er 20 Personen mehr brauchen würde, hätten wir kaum eine andere Wahl, als dem Folge zu leisten. Er war aber immer sehr vorsichtig und auch die Nachfolgeplanung hat er sehr vorbildlich gemacht. An dieser Stelle danke ich ihm und ich hoffe, dass ihm Peter Hodel das ausrichten wird. Die Finanzkommission hat der Mehrjahresplanung einstimmig zugestimmt.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1. und 2.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 53]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs

92 Stimmen

Dagegen

0 Stimmen

Enthaltungen

0 Stimmen

Marco Lupi (FDP), Präsident. Zum laufenden Globalbudget «Staatsaufsichtswesen» wird das Wort nicht gewünscht. Damit haben wir das Finanzdepartement zu Ende beraten und wir kommen zum Departe-

ment des Innern (Ddl). Hier gibt es sechs Globalbudgets, wovon zwei neu sind. Zudem liegt ein Zusatzkredit vor.

SGB 0190/2024

Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986), gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1537), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Führungsunterstützung Departement des Innern
 - 1.1.1 Zeitnahe und rechtmässige Behandlung von Beschwerden gewährleisten
 - 1.1.2 Ordnungsgemässe Rechnungslegung sicherstellen
 - 1.1.3 Öffentlichkeit über die Aufgaben und Dienstleistungen des Departements informieren
 - 1.2 Produktgruppe 2: Swisslos-Fonds
 - 1.2.1 Kundenfreundliche und rechtskonforme Gesuchsbearbeitung
 - 1.3 Produktgruppe 3: Oberämter
 - 1.3.1 Kundenfreundliche und rechtskonforme Abwicklung der Aufgaben
2. Für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 17'244'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 6. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 19. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 16'560'000 Franken beschlossen.

d) Ablehnende Stellungnahme des Regierungsrats vom 26. November 2024 zum Antrag der Finanzkommission.

Eintretensfrage

Barbara Leibundgut (FDP), Sprecherin der Sozial- und Gesundheitskommission. Dieses Globalbudget beinhaltet die Produktgruppen Führungsunterstützung des Ddl, Swisslos-Fonds und Oberämter. Währenddem sich die Kosten beim Swisslos-Fonds und bei den Oberämtern im Rahmen der Ausgaben des laufenden Jahres 2024 bewegen, hat sich bei der Führungsunterstützung eine markante Kostensteigerung von 12,4 % gegenüber der letzten Globalbudgetperiode ergeben. Diese ist hauptsächlich auf die Umsetzung des Impulsprogramms Digitalisierung im Ddl zurückzuführen, was eine Erhöhung um 300 Stellenprozente mit sich bringt. Zusätzlich gibt es Mehrkosten durch den Teuerungsausgleich in den

letzten beiden Jahren. Die Diskussion in der Sozial- und Gesundheitskommission ging nicht in die Details der Vorlage. Es gab einen Plafonierungsantrag, nämlich dass die Kosten dem letzten Globalbudget 2022 bis 2024 entsprechen sollen. Zudem gab es einen Kürzungsantrag zum laufenden Jahr 2024. Dies entspricht dem vorliegenden Antrag der Finanzkommission. Beide Anträge haben in der Kommission keine Mehrheit gefunden. In der Diskussion wurde moniert, dass durch die Ungewissheit des Massnahmenplans grosse Unsicherheit in Bezug auf die effektiv verbleibenden Zahlen besteht. Die Sozial- und Gesundheitskommission empfiehlt dem Kantonsrat mit einer Mehrheitsentscheid, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen.

Christian Thalmann (FDP), Sprecher der Finanzkommission. Die Finanzkommission hat dieses Geschäft am 19. November 2024 beraten. Die Diskussion hat zwischen der Departementsvorsteherin und dem Sprecher stattgefunden. Der Regierungsrat und die Sozial- und Gesundheitskommission beantragen eine Erhöhung des Verpflichtungskredits von aktuell 15,3 Millionen Franken auf neu 17,2 Millionen Franken. Das sind rund 13 % mehr. Die Finanzkommission hingegen beantragt Ihnen eine Erhöhung von 8 %, also von 15,3 Millionen Franken auf neu 16,56 Millionen Franken. Gemäss Botschaft wurden die Pensen in den drei Bereichen Führungsunterstützung DdI, Swisslos-Fonds und Oberämter in den letzten drei Jahren von 36,5 auf 40,4 erhöht. Gemäss der Vorlage ist für die Zukunft kein Pensenaufbau geplant, was aber nicht ganz korrekt ist. Es werden weitere Stellen geschaffen. Die Begründung ist, dass bisher nicht alle Stellen besetzt werden konnten. Das sind vier Stellen für das Impulsprogramm Digitalisierung. Bei den Oberämtern fällt eine Stelle weg. Impulsprogramm Digitalisierung klingt schön. Es stellt sich aber die Frage, um welche Projekte es sich handelt und wer die Nutzniesser sind. Hier bitte ich die Sprecherin der Sozial- und Gesundheitskommission oder die Regierungsrätin um nähere Angaben. Aus der Botschaft geht zu wenig hervor, was der Nutzen dieser Mehrkosten ist. Das ist ein wenig schwammig formuliert. Die Finanzkommission hat den Antrag mit 10:4 Stimmen bei einer Enthaltung unterstützt. In der Schlussabstimmung hat sie dem Beschlussesentwurf mit 13:2 Stimmen zugestimmt.

Karin Kälin (SP). Das Departementssekretariat ist das Dienstleistungszentrum des DdI. Neben der Führungsunterstützung der Vorsteherin erbringt es Querschnittsaufgaben für alle fünf Ämter sowie Dienstleistungsangebote für die Bevölkerung. Das Sekretariat setzt neben vielen anderen Aufgaben den Aufbau der elektronischen Geschäftsverwaltung, die Geschäftskontrolle, die Archivierung, die Prozesse zum Risikomanagement und die Unterstützung des kantonalen Sicherheitskonzepts um. Um diesem komplexen Aufgabenfeld gerecht zu werden und um die Umsetzung des Impulsprogramms Digitalisierung nicht zu gefährden, plant das Departement einen Stellenaufbau. Der Verpflichtungskredit ist mit dieser Begründung um 1,9 Millionen Franken höher als in der letzten Globalbudgetperiode. In dieser ersten Globalbudgetperiode wurde umsichtig und sparsam agiert. Das darf man hier wertschätzend zur Kenntnis nehmen. Mit einer Budgetkürzung beschneiden wir diesen Bereich und unterbinden die vom Parlament geforderte Leistungserfüllung, insbesondere im Bereich der Digitalisierung. Die Fraktion SP/Junge SP lehnt deshalb die von der Finanzkommission verlangte Kürzung des Globalbudgetsaldos einstimmig ab und befürwortet den vom Regierungsrat beantragten Verpflichtungskredit in der Höhe von 17,244 Millionen Franken.

Michael Grimbichler (Die Mitte). Wir haben dieses Globalbudget in der Fraktion besprochen und unsere Mitglieder der Finanzkommission und der Sozial- und Gesundheitskommission waren nicht ganz gleicher Meinung. Mehrheitlich werden wir aber den Antrag der Finanzkommission unterstützen. Wie Karin Kälin bereits ausgeführt hat, wurden der Ausbau der elektronischen Geschäftsverwaltung zur medienbruchfreien Aktenführung, die Ablaufsteuerung, die Geschäftskontrolle und die Archivierung im Departement und in seinen Ämtern vorangetrieben. Weitere Schwerpunkte sind die Einführung von departementsweit einheitlichen Prozessen des Risikomanagements im Rahmen gesamtkantonomer Vorgaben, die Umsetzung des kantonalen Informationssicherheitskonzepts im Departement und seinen Ämtern und die Optimierung des (digitalen) Dienstleistungsangebots für die Bevölkerung. Man sieht also, dass es hier hauptsächlich um Prozesse geht und die Stellen wahrscheinlich eher befristet sein werden. Aus Sicht unserer Mitglieder der Sozial- und Gesundheitskommission scheinen diese Kosten gerechtfertigt zu sein, weil diese Arbeiten erledigt werden müssen. Unsere Mitglieder der Finanzkommission sehen hier hingegen ein gewisses Sparpotential und sagen, dass man das auch ein wenig schlanker machen kann. Wie gesagt, wird unsere Fraktion grossmehrheitlich dem Antrag der Finanzkommission zustimmen.

Marlene Fischer (Grüne). Wir Grünen unterstützen den ursprünglichen Antrag des Regierungsrats. Bei der Erhöhung geht es vor allem um drei Stellen im Bereich der Digitalisierung. In den Ausschüssen und in den Kommissionen haben wir diese Stellen kritisch hinterfragt. Die Verwaltung konnte aber aufzei-

gen, dass diese Stellen in den letzten zwei Jahren sanft und nach Bedarf aufgebaut wurden und dass es sie wirklich braucht. Im Sachausschuss und in der Sachkommission wurde das inhaltlich von keiner Seite bestritten, ebenso wenig die Teuerung. Deshalb erstaunen uns die Ausführungen des Sprechers der Finanzkommission. Wir bedauern es, dass das Globalbudget auf ein Niveau zusammengekürzt werden soll, auf dem bestehende Stellen, der Stufenanstieg und die Teuerung gefährdet sind, obwohl man die Kosten inhaltlich nachvollziehen kann. Gleichzeitig wurde in der Vorberatung aufgezeigt, welche Auswirkungen das Sparpaket auf das Globalbudget hat. Es ist von vier Sparmassnahmen, die wir letzte Woche beschlossen haben, direkt betroffen. Mit diesen Massnahmen soll das Ergebnis des Globalbudgets in den Jahren 2025 bis 2027 um total 2,164 Millionen Franken verbessert werden. Die Kürzung der Finanzkommission kommt für das nächste Jahr noch obendrauf. Die zusätzliche Kürzung von fast 700'000 Franken finden wir unbegründet und unverhältnismässig und lehnen sie ab.

Christian Ginsig (glp). Dieses Globalbudget hat in unserer Fraktion inhaltlich wenig Diskussionen ausgelöst, auch nicht die Leistungen, die hier erbracht werden. In diesem Sinne danken wir den Oberämtern für die Arbeiten, die sie erledigen. Sie sind die Schnittstelle zwischen dem Kanton, den Gemeinden und der Bevölkerung. Wir sind uns bewusst, dass die Personalplanung schlank gehalten ist. Aber auch wir haben die Diskussion zur allgemeinen Finanzlage geführt. Vorhin haben wir den Investitionen in die Informatikprojekte zugestimmt. Gleichzeitig sollte aber auch ein Zeichen des Sparens gesetzt werden und so wird eine Mehrheit unserer Fraktion in diesem Fall den Empfehlungen der Finanzkommission folgen. Das bedeutet Einsparungen von 684'000 Franken. Oder anders ausgedrückt: Es ist immerhin ein Aufbau von 8 %. Wir sind uns bewusst, dass die Informatikprojekte im Departement in diesem Fall nicht wie geplant umgesetzt werden können. Aber wir sind überzeugt, dass sich die Verwaltung auch mit leicht weniger Ressourcen weiterentwickeln kann. Unserer Meinung nach ist der Antrag der Finanzkommission ein klassischer Kompromiss und die glp-Fraktion wird diesem folgen.

Susanne Schaffner (Vorsteherin des Departements des Innern). Besten Dank für die Voten. Hier handelt es sich um ein Globalbudget, das in keiner Art und Weise mehr Geld ausgibt, als in der vorherigen Periode bewilligt respektive was durch das Impulsprogramm auch zugesprochen wurde. Das DdI als eines der grössten Departemente hat im Rahmen des Impulsprogramms drei Business Analysten zugesprochen erhalten. Das DdI hat die Stellen sorgsam aufgebaut - die letzten Stellen wurden im Herbst aufgebaut - und hat damit Ressourcen gespart. Nun soll das Departementssekretariat, in dem diese Stellen angesiedelt sind - gestraft werden, weil es sorgsam mit den Ressourcen umgegangen ist. Die Differenz des höheren Saldos des neuen Globalbudgets - die etwas mehr als 17 Millionen Franken - ist die Differenz der Stellen, die in den Rechnungen und im Voranschlag 2024 noch nicht abgebildet waren. Hinzu kommen der Teuerungsausgleich und der Erfahrungsstufenanstieg von 1,7 Millionen Franken. Wenn man das Globalbudget kürzt, hat das Departementssekretariat weniger Geld zu Verfügung als in der aktuellen Globalbudgetperiode. Die Kürzung kann nirgends eingespart werden, weil die Stellen besetzt sind. Es ist wirklich schade, dass das nicht besser diskutiert werden konnte. Der Sprecher der Finanzkommission hat aufgezeigt, dass die Diskussion in der Kommission ein wenig zu kurz gekommen ist. Das hätte man klären können. Die Business Analysten hat nicht das Departementssekretariat so bestimmt, sondern das ist im Rahmen des Impulsprogramms geschehen. Es ist wichtig zu wissen, dass die Business Analysten, die in allen Departementen arbeiten, die Projekte in den Departementen vorangebracht haben. Das hat viel bewirkt und es wird auch künftig noch viel bewirken. Bei der Behandlung des Departements für Bildung und Kultur hat die Sprecherin der glp-Fraktion gesagt, dass man die Digitalisierung vorwärtstreiben soll, dass man dafür sorgen soll, dass die Prozesse vereinfacht werden und dass man effizienter arbeiten kann. Genau das haben wir im DdI gemacht. Wir haben die Geschäftsverwaltung neu aufgegleist und sind dabei, diese umzusetzen. Es laufen sehr viele Projekte, die man jetzt mit den Business Analysten und Analystinnen umsetzen kann. Das war die Meinung von Ihnen allen hier im Rat. Deshalb rufe ich Sie dazu auf, das Globalbudget so zu genehmigen, wie es der Regierungsrat beantragt. Es gibt keinen Aufbau oder etwas Zusätzliches, sondern es ist die heutige Situation, die hier abgebildet ist. Wir führen das neue Globalbudget lediglich weiter und Sie sagen mir jetzt, dass wir weiter unten weiterfahren müssen. Es ist kein Budget, das im Vergleich zum laufenden Jahr Mehrausgaben hat.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2024:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 16'560'000 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 54]

Für den Antrag der Finanzkommission	59 Stimmen
Für den Antrag des Regierungsrats	34 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Titel und Ingress Ziffern 3. und 4. Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 55]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs (Fassung FIKO)	57 Stimmen
Dagegen	29 Stimmen
Enthaltungen	6 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986), gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1537), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Führungsunterstützung Departement des Innern
 - 1.1.1 Zeitnahe und rechtmässige Behandlung von Beschwerden gewährleisten
 - 1.1.2 Ordnungsgemässe Rechnungslegung sicherstellen
 - 1.1.3 Öffentlichkeit über die Aufgaben und Dienstleistungen des Departements informieren
 - 1.2 Produktgruppe 2: Swisslos-Fonds
 - 1.2.1 Kundenfreundliche und rechtskonforme Gesuchsbearbeitung
 - 1.3 Produktgruppe 3: Oberämter
 - 1.3.1 Kundenfreundliche und rechtskonforme Abwicklung der Aufgaben
2. Für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 16'560'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Führungsunterstützung Departement des Innern, Swisslos-Fonds und Oberämter» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

SGB 0189/2024

Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

- a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwal-

tungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1536), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Interinstitutionelle Zusammenarbeit und Koordination
 - 1.1.1 Die Regelstrukturen fördern und stärken die gesellschaftliche Integration
 - 1.1.2 Angebotslücken und Doppelspurigkeiten zur Förderung der gesellschaftlichen Integration sind vermieden
 - 1.2 Produktgruppe 2: Vollzug sozialer Aufgaben
 - 1.2.1 Die Leistungserbringung der Sozialhilfe und KESB ist gewährleistet und erfolgt rechtskonform
 - 1.2.2 Die Unterbringung und Betreuung in den regionalen Durchgangszentren ist sichergestellt und wirtschaftlich
 - 1.2.3 Der Vollzug der Familienergänzungsleistungen erfolgt effizient
 - 1.3 Produktgruppe 3: Bewilligung sozialer Einrichtungen
 - 1.3.1 Ein bedarfsgerechtes Angebot für die Solothurner Bevölkerung ist vorhanden
 - 1.3.2 Der Betrieb sozialer Einrichtungen ist bewilligt und beaufsichtigt
 - 1.3.3 Die Opferhilfe im Kanton Solothurn ist wirkungsvoll und effizient vollzogen
 2. Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 51'132'000 Franken beschlossen.
 3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
 4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- b) Zustimmender Antrag der Sozial- und Gesundheitskommission vom 6. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.
- c) Änderungsantrag der Finanzkommission vom 19. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats:
Ziffer 2. soll neu lauten:
Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 50'000'000 Franken beschlossen.
- d) Ablehnende Stellungnahme des Regierungsrats vom 26. November 2024 zum Antrag der Finanzkommission.
- e) Antrag der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP vom 6. Dezember 2024:
Ziffer 2. soll lauten:
Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 50'600'00 Franken beschlossen.

Eintretensfrage

Thomas Studer (Die Mitte), Sprecher der Sozial- und Gesundheitskommission. Beim vorliegenden Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» handelt es sich um einen zu bewilligenden Verpflichtungskredit in der Höhe von 51,132 Millionen Franken. Die Schwerpunktaufgaben sind Integration und interinstitutionelle Zusammenarbeit, Asylwesen, Kinder- und Familienpolitik, Behinderung, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und Sozialregionen. Gegliedert und zusammengefasst ist dieses Globalbudget in drei Produktgruppen. Das vorliegende Globalbudget entspricht dem Vollzug der bisherigen Aufgaben, unter Berücksichtigung der gestiegenen Personalkosten, insbesondere der Teuerung und des zugenommenen Arbeitsvolumens bei den sozialen Einrichtungen, bei der Opferhilfe und bei der KESB sowie erweiterten Aufgaben wie beispielsweise der frühen Sprachförderung. Ich verweise auf den Semesterbericht 2024 mit erwarteten Kosten von 17,51 Millionen Franken und einem aktuellen, befristeten Personalbestand von 97 Vollzeitstellen für das Jahr 2024. Insgesamt steigt das Personalvolumen von heute bewilligten 90,8 Vollzeitstellen auf durchschnittlich 96 Vollzeitstellen für die neue Globalbudgetperiode. Im Wissen darum, dass die Aufgaben und Leistungen im Globalbudget nicht in Frage gestellt sind, sondern dass man vor allem aus Spargründen auf den Verpflichtungskredit zu sprechen kommen wird, verzichte ich auf eine detaillierte Auslegeordnung. Die Sozial- und Gesundheitskommission hat

dieses Globalbudget an ihrer Sitzung vom 6. November 2024 besprochen. Zu den Aufgaben und Leistungen des Amts gab es keine grossen Diskussionen. Diese wurden nicht in Frage gestellt. Die SVP-Fraktion hat den Antrag gestellt, den Verpflichtungskredit um 1,1 Millionen Franken zu senken, was dem aktuellen Globalbudgetsaldo von 50 Millionen Franken entspricht. Dieser Antrag wurde mit 8:7 Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung wurde dem Globalbudget mit 8:5 Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt. Die Sozial- und Gesundheitskommission stellt Ihnen entsprechend Antrag auf Zustimmung. Ich möchte anmerken, dass wir die vorliegenden Kürzungsanträge nicht diskutieren konnten und wir deshalb auch keine Stellung dazu nehmen.

Marco Lupi (FDP), Präsident. Für die Finanzkommission geht das Wort an Christian Thalmann, weil sich Fabian Gloor für den zweiten Teil des heutigen Tages entschuldigen musste.

Christian Thalmann (FDP), Sprecher der Finanzkommission. Das vorliegende Globalbudget wurde in der Finanzkommission aufgrund der aktuellen Finanzlage des Kantons beurteilt und es wurde nach zusätzlichem Sparpotential gesucht. Eine Mehrheit war der Meinung, dass mit dem nicht ausgeschöpften Vorperiodensaldo von 50 Millionen Franken ein solcher Sparbeitrag geleistet werden kann, ohne dass deshalb weniger Mittel als in der Vorperiode zur Verfügung stehen. Der Druck zur Wirtschaftlichkeit und Effizienz der kantonalen Verwaltung soll weiterhin hochgehalten werden. Konkret wurden unter anderem die Ausgaben im Bereich der frühen Sprachförderung kritisiert. Dafür sind eigentlich die Gemeinden zuständig. Eine Minderheit der Finanzkommission erachtet den Globalbudgetsaldo von 50,6 Millionen Franken als zielführender, insbesondere weil das Amt von sich aus Hand zu dieser Kürzung geboten hat. Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, dass 50 Millionen Franken reichen. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen mit 11:4 Stimmen, das Globalbudget bei 50 Millionen Franken festzulegen. Das war das Votum von Fabian Gloor.

Luzia Stocker (SP). Das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» umfasst die drei Produktgruppen interinstitutionelle Zusammenarbeit und Koordination, Vollzug sozialer Aufgaben und Bewilligung sozialer Einrichtungen. Die Schwerpunkte im Globalbudget 2025 bis 2027 sind die Stärkung der Integrationsstruktur mit dem integralen Integrationsmodell und damit auch die Umsetzung der Integrationsagenda des Bundes, die Ausrichtung der kantonalen Strukturen im Asylwesen, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Ausbildung, Beruf und Familie, die Einführung der frühen Sprachförderung sowie die Angebots- und Bedarfsplanung der ambulanten und stationären Angebote im Bereich der Behinderung. Ebenso sind Optimierungsmöglichkeiten bei der KESB, die Überprüfung und die Optimierung der Prozesse der Sozialregionen und die Einführung der standardisierten Potentialabklärung Schwerpunkte. Bei all diesen Aufgaben geht es um Menschen, um Migranten und Migrantinnen und Asylsuchende und um die Unterstützung bei ihrer Integration in unsere Gesellschaft. Es geht um Kinder und Jugendliche und ihre Rechte sowie um ihre Partizipationsmöglichkeiten, um Familien und um eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Familie, um Menschen mit einer Beeinträchtigung, die in einem stationären Angebot wohnen oder von ambulanten Angeboten profitieren. Es geht um Menschen, die die Unterstützung oder eine Massnahme der KESB brauchen oder in der Sozialhilfe sind und Leistungen empfangen. Dabei geht es auch immer um Menschen, die all diese Aufgaben übernehmen und diese Arbeit machen, sei es in der Verwaltung, bei einer Fachstelle, in einem Asylzentrum, bei der KESB oder in einer Sozialregion. Uns sind all diese Menschen und die Aufgaben, die das Amt für Gesellschaft und Soziales (AGS) erfüllt, wichtig und diese Menschen liegen uns am Herzen. Wir sind überzeugt, dass es weder sinnvoll, zweckdienlich noch nachhaltig ist, in diesem Bereich zu sparen. Der beantragte Verpflichtungskredit von 51,1 Millionen Franken entspricht dem heutigen Stand und ist darauf ausgerichtet, die Situation im AGS mit zielgerichteten Massnahmen zu stabilisieren beziehungsweise das Kostenwachstum ein wenig einzudämmen. Es wird ein Mengenwachstum im Bereich der KESB, des Asylwesens und der Aufsicht der Institutionen erwartet sowie Mehraufwände aufgrund von neuen gesetzlichen Aufgaben, insbesondere ein Mehraufwand für die frühe Sprachförderung, der wir zugestimmt haben. Das alles muss realistischerweise eingerechnet werden. Auch die bereits gesprochenen Teuerungsausgleiche der letzten Jahre sowie die Erfahrungstufenanstiege müssen zwingend berücksichtigt werden. Alles andere ist aus unserer Sicht unseriöse Finanzpolitik. Der von der Finanzkommission beantragte Verpflichtungskredit mit einer Kürzung von rund 1,1 Millionen Franken ist aus diesen Gründen unrealistisch. Das Globalbudget wäre mit nur noch 50 Millionen Franken zu tief. Eine Kürzung um 0,5 Millionen Franken, so wie es der Kompromissantrag der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP vorschlägt, ist aus unserer Sicht das absolute Maximum, was an Kürzung möglich ist, um all diese Aufgaben noch erfüllen zu können. Diese Kürzung ist noch immer einschneidend und spürbar, aber immerhin weniger hoch als der Antrag der Finanzkommission. Für uns ist es grundsätzlich unverständlich, wie man sagen kann, dass die

Inhalte und die Arbeiten unbestritten sind, aber man dennoch einen Kürzungsantrag stellen will. Wir bitten Sie, dem Antrag der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP zuzustimmen. Die Fraktion SP/Junge Fraktion SP/Junge SP wird diesem Antrag zustimmen und den Antrag der Finanzkommission ablehnen, obwohl wir im Budget des AGS kaum Sparpotential sehen.

Christian Ginsig (glp). Der Krieg in Teilen von Europa sowie die anhaltenden Konflikte im Nahen Osten führen weiterhin zu Unsicherheiten. Sie lösen Fluchtbewegungen aus und viele Menschen mit Schutzstatus S aus der Ukraine sind jetzt im dritten Kriegswinter in der Schweiz. Viele Menschen suchen weiterhin Zuflucht in Zentraleuropa und dieses Thema wird eine Herausforderung bleiben, auch für den Kanton Solothurn. Das Thema Asyl wird uns weiter beschäftigen. Besonders auf nationaler Ebene werden sich Fragen stellen, wie man mit diesen Menschen umgeht und welche Spielregeln gelten. Das wird heftigst diskutiert und die Umsetzung hat auch direkte Auswirkungen auf unsere kantonalen Strukturen. Es ist erfreulich, dass die Erwerbsquote der hohen Anzahl geflüchteter Frauen aus der Ukraine mittlerweile bei 29 % liegt. Das ist unter anderem auch der Betreuung zu verdanken. Es ist aber auch davon auszugehen, dass die Ukrainerinnen, die sich hier erfolgreich integriert haben, möglicherweise nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren werden. Aus diesem Grund bleibt es aus unserer Sicht entscheidend, dass gut ausgebildete Flüchtlinge durch gezielte Förderungsmassnahmen rasch ins Erwerbsleben integriert werden können, einerseits um die Erwerbsquote zu erhöhen, andererseits aber auch, um die sozialen Kosten zu reduzieren. Zu den weiteren Aufgaben des AGS hat die Sprecherin der Fraktion SP/Junge SP bereits Ausführungen gemacht. Von unserer Seite erwähne ich noch die frühe Sprachförderung. Sie hat nicht nur bei Kindern von Eltern aus Kriegsgebieten, sondern ganz generell eine zentrale Rolle. Damit der obligatorische Unterricht nicht beeinträchtigt wird, ist es wichtig, dass Kinder beim Schuleintritt möglichst gut Deutsch sprechen, um sich integrieren zu können. Deshalb sollte die frühe Sprachförderung pragmatisch gestaltet werden. In dieser Phase sind keine weiteren Lehrerausbildungen oder kostspielige Weiterbildungen erforderlich, sondern es braucht vor allem Menschen, die gerne mit Kindern arbeiten. Das ist aber ein Aufgabenfeld der Gemeinden, der Kanton übernimmt lediglich eine Koordinationsfunktion. Die Zusammenarbeit und die Koordination der Aufgaben müssen sichergestellt werden. Aber auch der Vollzug der sozialen Aufgaben und die Bewilligungen für soziale Einrichtungen haben aus Sicht der glp-Fraktion Priorität. Wir lehnen den Antrag der Finanzkommission ab. Dem stehen wir in diesem Fall kritisch gegenüber. Unsere Fraktion wird dem Kompromissantrag der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP folgen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, werden wir dem Regierungsrat folgen.

Pierino Menna (Die Mitte). Luzia Stocker und Christian Ginsig haben vieles von dem, das ich sagen wollte, bereits vorweggenommen. Auch wir befürworten eine Kürzung des Verpflichtungskredits von 0,5 Millionen Franken auf 50,6 Millionen Franken. Das ist die absolute Schmerzgrenze. Die Kürzung wird immer noch spürbar sein, aber sie ist realistisch. Die Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP wird ihren Antrag, das Globalbudget um 0,5 Millionen Franken zu kürzen, grossmehrheitlich unterstützen.

Laura Gantenbein (Grüne). Seit einer Woche sind die 16 Tage gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorbei. Diese 16 Tage haben auch dieses Jahr aufgezeigt, wie häusliche Gewalt im Speziellen und Gewalt an Frauen, Trans- oder non-binären Personen im Allgemeinen ein grosses Problem in unserer schweizerischen Gesellschaft sind. Unter dem Thema «Wege aus der Gewalt» wurden in der ganzen Schweiz 300 Veranstaltungen und Protestaktionen durchgeführt, einige auch im Kanton Solothurn. Dem Problem Gewalt in unserer Gesellschaft kann man mittels Kampagnen, Stellen wie die Beratungsstelle Gewalt oder die Opferhilfe, aber auch mittels Präventionsprojekten in verschiedensten Bereichen begegnen und Frauen, Kinder und andere vulnerable Personen davor schützen. Ohne diese Angebote wird die Arbeit schwierig. Deshalb begrüssen wir, dass die Umsetzung des Schwerpunkteplans 2023 bis 2026, der die Empfehlungen und Vorgaben der Istanbul-Konvention sowie die Roadmap zur häuslichen Gewalt von Bund und Kantonen beinhaltet, in der Produktgruppe 1 Priorität hat. In der Produktgruppe 3 ist die Opferhilfe wichtig, um die Erhöhung des Schutzes von Gewaltbetroffenen zu gewährleisten. Die Opferhilfe sorgt dafür, dass im Kanton genug Schutzunterkünfte für von Gewalt betroffene Personen vorhanden sind. Das ist wichtig, wenn man weiss, dass das Frauenhaus Aargau-Solothurn immer wieder zu wenig Plätze und mit der Finanzierung zu kämpfen hat. In diesem Globalbudget sind auch die Finanzierung und Umsetzung der frühen Sprachförderung eingeplant. Diese ist unbestritten wichtig und kann vieles von dem auffangen, was zurzeit im Kindergarten aufgefangen wird. Das sind nur einige Beispiele von sehr vielen wichtigen Leistungen, die im DdI und im Bereich Soziales und Gesellschaft erbracht werden. Es ist wichtig, dass wir dem Antrag des Regierungsrats folgen, damit nicht noch mehr eingespart wird. Zur Erinnerung: In diesem Departement wurden letzte Woche mit dem Massnahmenplan mehrere Millionen Franken eingespart, weil eine Mehrheit dem Antrag der Finanzkommission

zugestimmt hat. Jetzt das Globalbudget auch noch für die nächsten Jahre zu kürzen, ist für die Weiterführung dieser wichtigen Leistungen und der Digitalisierungsprojekte, die zu mehr Effizienz beitragen, nicht zielführend.

Barbara Leibundgut (FDP). In dieser Vorlage werden die Mehrkosten mit zusätzlichen neuen Aufgaben begründet, beispielsweise mit der frühen Sprachförderung und den entsprechenden Stellenaufstockungen, die diese zur Folge hat. Die FDP/Die Liberalen-Fraktion hat den Stellenaufbau für die neuen Aufgaben bei den jeweiligen Gesetzeseinführungen immer kritisiert. Wir erachten eine Plafonierung auf 50 Millionen Franken als vertretbar und stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu. Laura Gantenbein möchte ich sagen, dass wir gerade in diesem Departement letzte Woche nicht gespart, sondern die Kosten einfach auf die Gemeinden verschoben haben.

Susanne Schaffner (Vorsteherin des Departements des Innern). Ich danke für die engagierten Voten. Das ist ein sehr wichtiges Globalbudget, denn es betrifft verschiedene gesellschaftliche Situationen, in denen sich die Menschen in diesem Kanton befinden. Es sind wichtige und vielfältige Aufgaben, die verschiedene Gesellschaftsschichten betreffen. Darum sind die Aufgaben auch so zu erfüllen, wie wir es ausgeführt haben und wie es auch vom Kantonsrat und von der Bevölkerung verlangt wird. Ich muss auch zu diesem Globalbudget sagen, dass in den letzten drei Jahren sehr sorgsam mit den Ressourcen umgegangen wurde. Das AGS hat den Stellenaufbau nur sehr sukzessive vorgenommen, so dass erst im Jahr 2024 erreicht wurde, was man vorgesehen hatte. Wenn man das auf die nächsten drei Jahre umlegen würde, würde man auf mehr als die 51,5 Millionen Franken kommen. Das AGS wird auch künftig sehr sorgsam mit den Ressourcen umgehen und hat bereits gesagt, an dass es anderen Orten knapper fahren und effizienter werden will, obwohl mehr Leistungen enthalten sind. Zudem muss ich sagen, dass das AGS auch eine Sparmassnahme im Budget hat, die hier noch gar nicht abgebildet ist. Diese wird zu einer allfälligen Kürzung noch hinzukommen. Es wurde richtig gesagt, dass es die frühe Sprachförderung und einige Dinge bei der KESB sind, die sich auf die Gemeinden und auf die Gesellschaft auswirken, wenn man nicht genügend Ressourcen für die Leistungen hat, die man über dieses Globalbudget erbringen will und ohne dass man mehr Geld ausgeben will als im Jahr 2024. Was man nicht beeinflussen kann, sind der Teuerungsausgleich und die Stufenanstiege. Das macht bereits 1,5 Millionen Franken aus. Wenn man das mit der vorherigen Globalbudgetperiode vergleicht, ist man somit bereits bei den 51,5 Millionen Franken. So gesehen ist kein Spielraum vorhanden. Zur frühen Sprachförderung will ich sagen, dass das ein sehr wichtiges Gebiet ist. Der Kantonsrat hat nicht nur verlangt, dass wir die Gemeinden darin unterstützen, sondern Sie haben auch ein Monitoring verlangt. Wenn das Globalbudget so gekürzt wird, wie es die Finanzkommission verlangt, werden wir keine Monitorings durchführen können. Alles, was nicht minimal ist, werden wir nicht mehr machen können und deshalb beantragt der Regierungsrat, das Globalbudget wie vorliegend zu genehmigen.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffer 1.

Angenommen

Antrag der Finanzkommission vom 19. Dezember 2024:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 50'000'000 Franken beschlossen.

Antrag der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP vom 6. Dezember 2024:

Ziffer 2. soll lauten:

Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 50'600'00 Franken beschlossen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 56]

Für den Antrag der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP

52 Stimmen

Für den Antrag der Finanzkommission

41 Stimmen

Enthaltungen

0 Stimmen

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 57]

Für den Antrag der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP	61 Stimmen
Für den Antrag des Regierungsrats	30 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

Ziffern 3. und 4.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 58]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	65 Stimmen
Dagegen	23 Stimmen
Enthaltungen	4 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1536), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Interinstitutionelle Zusammenarbeit und Koordination
 - 1.1.1 Die Regelstrukturen fördern und stärken die gesellschaftliche Integration
 - 1.1.2 Angebotslücken und Doppelspurigkeiten zur Förderung der gesellschaftlichen Integration sind vermieden
 - 1.2 Produktgruppe 2: Vollzug sozialer Aufgaben
 - 1.2.1 Die Leistungserbringung der Sozialhilfe und KESB ist gewährleistet und erfolgt rechtskonform
 - 1.2.2 Die Unterbringung und Betreuung in den regionalen Durchgangszentren ist sichergestellt und wirtschaftlich
 - 1.2.3 Der Vollzug der Familienergänzungsleistungen erfolgt effizient
 - 1.3 Produktgruppe 3: Bewilligung sozialer Einrichtungen
 - 1.3.1 Ein bedarfsgerechtes Angebot für die Solothurner Bevölkerung ist vorhanden
 - 1.3.2 Der Betrieb sozialer Einrichtungen ist bewilligt und beaufsichtigt
 - 1.3.3 Die Opferhilfe im Kanton Solothurn ist wirkungsvoll und effizient vollzogen
2. Für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 50'600'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Gesellschaft und Soziales» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Marco Lupi (FDP), Präsident. Ich stelle fest, dass das Wort zu den laufenden Globalbudgets Migration, Justizvollzug und Polizei nicht gewünscht wird.

SGB 0165/2024

Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2024 bis 2026 «Polizei Kanton Solothurn»

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 20. August 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986, gestützt auf § 57 Abs. 1 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 20. August 2024 (RRB Nr. 2024/1288), beschliesst:

1. Der für die Globalbudgetperiode 2024 bis 2026 «Polizei Kanton Solothurn» bewilligte Verpflichtungskredit von 282,98 Mio. Franken wird mit einem Zusatzkredit von 1,9 Mio. Franken auf 284,88 Mio. Franken erhöht.
2. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Zustimmender Antrag der Justizkommission vom 7. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats.

Eintretensfrage

Urs Huber (SP), Sprecher der Justizkommission. Hier haben wir ein Geschäft, das ein wenig speziell, aber nötig ist. Die Justizkommission empfiehlt Ihnen, dem so zustimmen. Es gibt um die Bewilligung eines Zusatzkredits für das Globalbudget 2024 bis 2026 der Polizei. Für die ganzen drei Jahre gibt es Zusatzkosten von 1,9 Millionen Franken. Diese sind durch eine Änderung im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) entstanden, weil die Inkonvenienzen für die Nacht-, Wochenend- und Pikettdienste erhöht wurden. Dies gilt auch für die Wegmacher und das Gefängnispersonal. Die Polizei hat aber mit Abstand den grössten Personalbestand. Da das beim Erstellen des Budgets noch nicht bekannt war, fehlen nun 1,9 Millionen Franken und diese sollten jetzt für die drei Jahre bewilligt werden, damit das Globalbudget entsprechend angepasst werden kann. Es ist nicht alternativlos, man könnte den Zusatzkredit auch ablehnen. Die neue Regelung kann aber nicht rückgängig gemacht werden und der Polizei würden die 1,9 Millionen Franken fehlen. Das wäre schwierig. In der Vorlage ist ausgewiesen, welche Konsequenzen das hätte. Die heutigen Leistungen könnten heute so wohl nicht mehr erbracht werden. Die Justizkommission hat dem Zusatzkredit mit 11:0 Stimmen bei zwei Enthaltungen zugestimmt.

Nadine Vögeli (SP). Dieses Geschäft hat eine längere Vorgeschichte. Im Jahr 2022 wurden die Inkonvenienzen für das Personal der Solothurner Spitäler AG erhöht, nicht aber für das übrige Staatspersonal. Das hat zu Unmut geführt, und zwar nicht, weil man das dem soH-Personal nicht gegönnt hätte, sondern weil man nicht verstanden hatte, warum es nicht für das ganze Staatspersonal gemacht wurde. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich dem Thema Pikett- und Inkonvenienzzulagen angenommen hat. Das Resultat haben Sie heute vorliegend. Die Erhöhung der Zulagen ist dringend notwendig, weil die bisherigen Zulagen viel zu tief waren und dazu geführt haben, dass die inkonvenienten Dienste oder die Pikettdienste unattraktiv waren. Das Personal der Polizei hat sich dann auch sehr über die Erhöhung der Zulagen gefreut. Es wäre jetzt aber kontraproduktiv und unverständlich, wenn das notwendige Geld dafür nicht gesprochen werden würde. Das würde dazu führen, dass Stellen reduziert werden müssten, was sicher nicht in unserem Sinne ist. Die Ressourcen der Polizei sind ohnehin schon knapp. Wir haben bereits mehrfach gehört, dass wir bezüglich der Polizeidichte zu den schwächsten Kantonen in der Schweiz gehören. Dafür sind wir bei der Kriminalitätsrate vorne mit dabei und das ist natürlich katastrophal. Die Fraktion SP/Junge SP wird dem Zusatzkredit zustimmen und bittet Sie, das ebenfalls zu machen.

Johanna Bartholdi (FDP). Für die FDP.Die Liberalen-Fraktion ist es nachvollziehbar, dass Regelungsänderungen im Bereich Lohnzulagen, die nach der Budgetlegung beschlossen werden und in Kraft treten, zu Nachtragsbegehren führen, insbesondere wenn das betroffene Budget mit spitzem Bleistift erstellt wurde. Ich danke Nadine Vögeli für die Erklärungen der Vorgeschichte. Im konkreten Fall geht es um Zulagen für Mitarbeitende, die in der Nacht, am Wochenende und an Feiertagen arbeiten oder Pikettendienst leisten müssen. Zudem wurde neu eine Geldzulage für Spontanereignisse und Spontaneinsätze eingeführt. Es liegt in der Natur der Sache, dass solche Zulagen besonders die Mitarbeitenden der Polizei betreffen. Wir danken allen Angehörigen der Polizei für ihre Bereitschaft, in der Nacht, an den Wochenenden und an Feiertagen für unsere Sicherheit zu sorgen und nötigenfalls ihre Freizeit für ein Spontanereignis zu unterbrechen. Eine geldmässige Vergütung für diese eher ungeliebte Arbeit ist zumindest eine kleine Entschädigung. Die FDP.Die Liberalen-Fraktion stimmt dem Zusatzkredit einstimmig zu.

Daniel Urech (Grüne). Die Grüne Fraktion schliesst sich dieser Zustimmung an. Wir möchten diese Gelegenheit ebenfalls nutzen, um allen Angehörigen der Kantonspolizei unseren Dank und unsere Anerkennung für diesen nicht einfachen Job auszusprechen. Wir sind darauf angewiesen, dass wir gerade in diesem Bereich ein attraktiver Arbeitgeber bleiben und stimmen dem Zusatzkredit deshalb zu.

Jennifer Rohr (SVP). Die Polizei ist ein sehr wichtiger Pfeiler für unsere Sicherheit. Wir müssen zur Polizei Sorge tragen und für sie Bedingungen schaffen, damit sie ihren Job gut machen kann. Dazu gehört auch eine anständige Entlohnung. Der Regierungsrat hat im April 2024 eine rückwirkende Änderung per 1. Januar 2024 bestimmt, und das während man dabei ist, überall Sparmassnahmen auszuarbeiten. Urs Huber hat es angesprochen: Wenn man dem Zusatzkredit nicht zustimmt, gibt es entsprechend ein Problem mit diesen Geldern. Das ganze Vorgehen wird bemängelt und das ist der Grund dafür, dass nicht alle aus unseren Reihen dem Zusatzkredit zustimmen werden.

Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1. und 2.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 59]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	76 Stimmen
Dagegen	14 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Marco Lupi (FDP), Präsident. Wir kommen zu Kapitel 8 des Voranschlags. Im Volkswirtschaftsdepartement gibt es sieben Globalbudgets, wovon eines neu ist. Laufende Globalbudgets sind «Führungsunterstützung» und «Wirtschaft und Arbeit». Zu Letzterem wird das Wort gewünscht.

Christian Thalmann (FDP). Ich habe heute Morgen im Inlandteil der NZZ einen Bericht über die gestrige Ständeratsdebatte «Stahlwerke erhalten Nothilfe» gelesen. Unter anderem steht geschrieben: «Im Fall Gerlafingen dürften diese Bedingungen durch den Kanton Solothurn erfüllt sein.» Das heisst, dass die Hälfte der Bundessubventionen durch den Kanton Solothurn finanziert werden müssen. Zur Diskussion stehen offenbar zinslose Darlehen oder der Landkauf eines belasteten Standorts. Wir befinden uns in der Budgetdebatte und ich möchte gerne wissen, ob das allfällige Auswirkungen auf das Budget 2025 hat.

Brigit Wyss (Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements). Das ist eine Frage, die wir zurzeit oft hören. Wir befinden uns mitten in einem Prozess und wir sind in engem Kontakt. Vom Entscheid, der in Bern gefällt wurde, wurden wir aber ebenfalls überrascht. Das ist in der Diskussion neu aufgekommen und wir haben zum jetzigen Zeitpunkt keine Ahnung, was das für den Kanton Solothurn heisst. Auf das Budget 2025 hat es aber keinen Einfluss.

Marco Lupi (FDP), Präsident. Wir fahren weiter mit den laufenden Globalbudgets «Energie und Klima», «Gemeinden und Zivilstandsdienst» und «Wald, Jagd und Fischerei». Zu diesem hat die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission einen Antrag gestellt, dem der Regierungsrat zugestimmt hat.

Edgar Kupper (Die Mitte), Sprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Mit dem Antrag wurde der Globalbudgetsaldo 2025 um 82'922 Franken gekürzt. Mit dieser Kürzung können wir erreichen, dass das Globalbudget «Wald, Jagd und Fischerei» über die Jahre 2023, 2024 und 2025 den Totalsaldo, der gesprochen wurde, nicht überschreitet. Dieser Kürzung wurde in der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission mehrheitlich zugestimmt. Auch die Verwaltung und der Regierungsrat tragen die Kürzung mit. Die zunehmenden Aufgaben des Amtes können im Jahr 2025 erledigt werden, weil die Rechnung 2024 voraussichtlich besser abschliesst. Die zunehmenden Aufgaben haben eine Minderheit in der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission dazu veranlasst, der Kürzung nicht zuzustimmen.

Marco Lupi (FDP), Präsident. Wir kommen zum laufenden Globalbudget «Landwirtschaft». Dazu wird das Wort nicht gewünscht.

SGB 0194/2024

Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» für die Jahre 2025 bis 2027

Es liegen vor:

a) Botschaft und Entwurf des Regierungsrats vom 24. September 2024:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1), gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1561), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Militär
 - 1.1.1 Kundenbezogene prompte Erfüllung der kantonalen Militäraufgaben, sowie konsequenter Einzug der Wehrpflichtersatzabgabe.
 - 1.2 Produktgruppe 2: Zivilschutz
 - 1.2.1 Sicherstellen einer lage- und risikogerechten Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes.
 - 1.3 Produktgruppe 3: Katastrophenvorsorge / Care Team
 - 1.3.1 Sicherstellen der Einsatzbereitschaft der kantonalen Führungsorganisation
 - 1.3.2 Unterstützung der Regionalen Führungsstäbe zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
2. Für das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 15'240'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV; BGS 126.3) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

b) Änderungsantrag der Justizkommission vom 7. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats:

Ziffer 2. soll neu lauten:

Für das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 15'140'000 Franken beschlossen.

c) Zustimmender Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2024 zum Beschlussesentwurf des Regierungsrats inkl. Änderungsantrag der Justizkommission.

d) Zustimmung des Regierungsrats vom 26. November 2024 zum Antrag der Justizkommission.

Eintretensfrage

David Häner (FDP), Sprecher der Justizkommission. Die Justizkommission hat dieses Globalbudget an ihrer Sitzung vom 7. November 2024 behandelt. Inhaltlich gibt es keine grossen Veränderungen zur letzten Globalbudgetperiode. In verschiedenen Produktgruppen wurden statistische Messgrössen ergänzt, um so noch mehr Transparenz schaffen zu können. Zu den Produktgruppen gibt es Folgendes zu erwähnen: Im Militär gibt es aufgrund von mehr Teilnehmern mehr Entlassungsfeiern, nämlich doppelt so viele wie in den vergangenen Jahren, was zu einem Mehraufwand führt. Im Zivilschutz werden aus dem Ersatzabgabefonds zusätzliche Notstromaggregate für die verschiedenen Regionen beschafft, um sie für kritische Infrastrukturen einsetzen zu können. Die Produktgruppe Katastrophenvorsorge / Care Team wurde neu eingeführt. Da es sich hier um eine wichtige Organisation im Notfall oder im Krisenfall handelt, soll sie auch im Globalbudget abgebildet werden. Das Budget weist einen Mehraufwand von 200'000 Franken für externe Ausgaben für das Zivilschutzgesetz auf. Der Rechtsdienst ist auf die momentan herrschende Gesetzesflut nicht ausgelegt. Im Bereich Legistik wird ein spezielles Wissen vorausgesetzt, was die Situation von verfügbaren internen Ressourcen nicht verbessert. Anstelle von zusätzlichen Anstellungen, was wie erwähnt aufgrund des speziellen Know-hows nicht ganz einfach wäre, hat man sich entschieden, gewisse Arbeiten auszulagern. Im Rahmen der Kommissionsberatung wurde der Antrag gestellt, das Budget um 100'000 Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde mit 12:2 Stimmen bei keiner Enthaltung angenommen. In der Schlussabstimmung wurde dem Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» mit 11:3 Stimmen bei keiner Enthaltung zugestimmt. Gerne führe ich auch die Meinung der FDP. Die Liberalen-Fraktion an. Unsere Fraktion wird dem Budget einstimmig zustimmen.

Marco Lupi (FDP), Präsident. Es gibt keine weiteren Voten und wir sind auf das Geschäft eingetreten.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 1., 2., 3. und 4.

Angenommen

Kein Rückkommen.

Schlussabstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 60]

Für Annahme des Beschlussesentwurfs	85 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Der bereinigte Kantonsratsbeschluss lautet:

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1), gestützt auf § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 24. September 2024 (RRB Nr. 2024/1561), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» werden für die Jahre 2025 bis 2027 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktgruppe 1: Militär
 - 1.1.1 Kundenbezogene prompte Erfüllung der kantonalen Militäraufgaben, sowie konsequenter Einzug der Wehrpflichtersatzabgabe.
 - 1.2 Produktgruppe 2: Zivilschutz
 - 1.2.1 Sicherstellen einer lage- und risikogerechten Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes.
 - 1.3 Produktgruppe 3: Katastrophenvorsorge / Care Team
 - 1.3.1 Sicherstellen der Einsatzbereitschaft der kantonalen Führungsorganisation
 - 1.3.2 Unterstützung der Regionalen Führungsstäbe zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben.
2. Für das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2025 bis 2027 ein Verpflichtungskredit von 15'140'000 Franken beschlossen.

3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Militär und Bevölkerungsschutz» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV; BGS 126.3) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

SGB 0201/2024

Voranschlag 2025

(Weiterberatung, siehe «Verhandlungen» 2024, S. 1183)

Marco Lupi (FDP), Präsident. Wir kommen zur Bereinigung der Beschlussesziffern 3. bis 6. Zu den Ziffern 3. und 4. gibt es keine Wortmeldungen. Zu Ziffer 5. gibt es einen Antrag.

Detailberatung

Titel und Ingress, Ziffern 3. und 4.

Angenommen

Heinz Flück (Grüne). Im Rahmen des Massnahmenplans haben wir letzte Woche auch verschiedene Massnahmen im Bereich der Strassenrechnung vorgesehen und beschlossen. Das betraf den Strassenunterhalt, die Strassenreinigung und Wildtierschutzmassnahmen. Diese Massnahmen ergeben bereits im nächsten Jahr eine Summe im Millionenbereich, und das obwohl die Strassenrechnung zurzeit keine Unterdeckung aufweist. Der Saldo beträgt über 90 Millionen Franken. Die Strassenrechnung ist eine Spezialfinanzierung. Sie taucht zwar in der Gesamtrechnung des Kantons auf, aber es wäre nicht nötig, dort zu kürzen. Die aufgegleiste Reform der Motorfahrzeugsteuer sollte diesen wesentlichsten Ertragsposten der Strassenrechnung weiterhin sichern und nicht schmälern. Übrigens sieht sie auch die Besteuerung von E-Fahrzeugen vor, was offensichtlich noch nicht alle Parteien hier im Rat gemerkt haben. Dass die externen Kosten des Verkehrs nicht unerheblich sind, konnte man soeben in den Medien wieder lesen. Direkte und indirekte Gesundheitskosten sind nur ein Aspekt davon. Deshalb ist dieser Änderungsantrag keine Zweckentfremdung. Mit diesem Antrag stehen nämlich mehr Mittel für allgemeine Staatsaufgaben zur Verfügung. Da insbesondere auch der Schwerverkehr unbestrittenermassen ungedeckte externe Kosten wie beispielsweise Gesundheitskosten verursacht, die den Kanton stark belasten, ist eine andere Gewichtung dieser Aufteilung ohne Weiteres gerechtfertigt. Deshalb beantragt die Grüne Fraktion, dass der Strassenrechnung 20 %, statt wie vorgesehen 50 % der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zugewiesen werden.

Markus Ammann (SP). Die Fraktion SP/Junge SP unterstützt den Antrag der Grünen Fraktion. Die neue Zuseidung unterstützt indirekt die Stabilisierung des Voranschlags und das ist doch etwas, das wir alle in diesem Rat wollen. Nachdem die Strassenrechnung zumindest vorübergehend beispielsweise vom Grossvorhaben der Umfahrung der Klus befreit wurde, ist die von den Grünen beantragte Verschiebung finanziell durchaus vertretbar - wir haben es vom Sprecher der Grünen Fraktion gehört. Wir könnten aber auch jährlich über die Aufteilung dieses Betrags bestimmen. Entgegen den Aussagen beispielsweise der Mitte Fraktion. Die Mitte - EVP vor einer Woche, dass dieser Antrag nicht bundesgesetzkonform sei, sind wir der Meinung, dass dem durchaus so ist. Konkret lautet Artikel 17 des Strassenverkehrsgesetzes: «Die Kantone verwenden ihren Anteil am Reinertrag vorab für den Ausgleich der von ihnen getragenen ungedeckten Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr.» Das sind natürlich nicht nur und vielleicht noch nicht einmal primär die effektiven Strassenkosten. Im Gegenteil, dazu gehören viel umfassender alle Massnahmen, die im Zusammenhang mit der Strasse entstehen und vor allem auch der ganzen Bevölkerung zukommen. Der Bundesrat hat bereits im Jahr 1999 in einer Interpellation ziemlich explizit zu dieser Frage Stellung genommen. Vorab hat er gesagt, dass die Kantone einen sehr grossen Handlungsspielraum haben. Konkret hat er auf die Mitfinanzierung des öffentlichen Verkehrs und von externen Kosten des Strassenverkehrs - wie schon erwähnt auf Gesundheitskosten, Unfallkosten, Gebäudeschäden - hingewiesen. Ganz konkret hat er explizit erwähnt: Gesundheits- und Lärmkosten, Lärmschutzmassnahmen an Kantons- und Gemeindestrassen, Mitfinanzierung von Spitälern, Unterstützung des öffentlichen Regionalverkehrs, Förderung des Fuss- und Veloverkehrs, verkehrspolitische Überwachung und Regelung des Strassenverkehrs, Massnahmen zur Wiedergutmachung von Landschaftszerstörungen durch den Strassenbau, Massnahmen im Zusammenhang mit Abgaseinwirkungen und Erschütterungen oder Gebäudesanierungen von solchen Schäden. Weiter hat er erwähnt, dass es

keine abschliessende Liste von möglichen Massnahmen gibt und dass eine solche Liste wegen dem erwähnten grossen Spielraum der Kantone auch gar nicht sinnvoll ist. Mit anderen Worten: Viele dieser Kosten finanzieren wir heute über das allgemeine Budget und diese dürften problemlos und substantiell auch von den Geldern der LSVA profitieren. Nebenbei kann man noch erwähnen, dass viele Kantone diesen Spielraum tatsächlich sehr grosszügig ausnützen, viel grosszügiger als der Kanton Solothurn bisher. Unter diesem Blickwinkel ist es eben nicht nur finanziell, sondern auch sachlich höchst gerechtfertigt, 80 % der LSVA der allgemeinen Rechnung zuzuweisen.

Christian Thalmann (FDP). Wir werden dem Antrag der Grünen nicht folgen, sondern dem Regierungsrat gemäss Vorlage zustimmen. Der Aufgabenbereich, der finanziert wird, ist ein bunter Strauss. Der Hauptteil findet sich im Amt für Verkehr und Tiefbau. Das sind rund 34 Millionen Franken. Weiter werden Unfallrettungen finanziert, es gibt Beiträge an Zufahrten zu Berghöfen und an die Verkehrsüberwachung der Polizei etc. etc. Mit den Abschreibungen summiert sich das auf rund 84 Millionen Franken. Der Strassenfonds wird aber auch alimentiert, unter anderem mit der Motorfahrzeugsteuer, mit Treibstoffzollanteilen und mit der LSVA. In den vergangenen Jahren waren das rund 83 Millionen Franken. Sie sehen also, dass die Rechnung grosso modo ausgeglichen ist und daran sollten wir nichts ändern. Es gibt auch keine Notwendigkeit dazu.

Peter Hodel (Vorsteher des Finanzdepartements). Ich kann mich dem Votum von Christian Thalmann anschliessen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Sonderzuschlag auf die Motorfahrzeugsteuer jährlich 10 Millionen Franken ausgemacht hat und dieser fällt nun weg. Das ist ein beträchtlicher Anteil, der der Strassenrechnung nicht mehr zukommt. Zudem gibt es Projekte, die anstehen. So wird beispielsweise auch die kantonale Veloroute über die Strassenrechnung finanziert. Es ist immer auch eine Ansichtssache, ob das eine Zweckentfremdung wäre. Mit Blick in die Vergangenheit und in die Zukunft ist es aber sicher konsequent, wenn man den Kostenteiler so belässt. Es würde auch keinen Sinn machen, wenn wir unsere Strassenprojekte nicht mehr über die Strassenrechnung finanzieren könnten.

Antrag der Fraktion Grüne vom 5. Dezember 2024:

Ziffer 5. soll lauten:

Vom Ertrag der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA werden 20 % der Strassenrechnung zugewiesen.

Abstimmung [Details siehe Anhang A, Abstimmung Nr. 61]

Für den Antrag der Grünen Fraktion	29 Stimmen
Dagegen	59 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ziffer 6. Angenommen

Marco Lupi (FDP), Präsident. Die Schlussabstimmung werden wir morgen vornehmen. Ich danke Ihnen für die gute und disziplinierte Behandlung des Budgets. Wir sehen uns morgen wieder.

Schluss der Sitzung um 12:15 Uhr